|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| [\_\_\_\_] zu bearbeitende Teile bzw zu prüfende Verweise [\_\_\_\_] Alternativklauseln und Kommentare der Industriepartner  [\_\_\_\_] Alternativklauseln und Kommentare der Forschungseinrichtung  (\_\_\_\_) Hilfestellung für Eingabefelder, Optionen, Alternativen  SOFTWARE- / IT-FORSCHUNGS- UND ‑ENTWICKLUNGS-AUFTRAG  abgeschlossen zwischen  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Universität)  vertreten durch \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Name)  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Adresse)  (im Folgenden „Universität“ genannt)  und  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Name, Firma)  eine nach\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(z.B. österreichischem) Recht errichtete Gesellschaft   \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Firmenbuchnummer), \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(zuständiges Gericht)  mit dem Sitz in\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Ort)  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Adresse)    (im Folgenden „Auftraggeber“ genannt)  nachstehend gemeinsam oder einzeln auch „Partei“ oder „Parteien“ genannt  Die weibliche Form ist der männlichen Form in dieser Vereinbarung gleichgestellt; lediglich aus Gründen der Vereinfachung bzw. leichteren Lesbarkeit wurde die männliche Form gewählt. | Kommentar ALLGEMEINES  Anwendungsbereich:  Dieses Muster wurde unter der Annahme entworfen, dass die Universität der Auftragnehmer und der Industriepartner der Auftraggeber sind. Es liegt daher jedenfalls eine Unternehmervereinbarung (B2B) vor.  Es gilt zu beachten, dass etwaige vergabe- und/ oder beihilfenrechtliche Thematiken einer entsprechenden Individualprüfung bedürfen und vom Muster nicht abgedeckt werden können.  Verwendung als Vertragsformular:  Der „Software-/IT-Forschungs- und ‑Entwicklungs-Auftrag“ sieht keinen (werkvertraglichen) Erfolg, sondern ein „bloßes Bemühen“ im Sinne der Auftragsforschung und der sich daraus ergebenden möglichen Entwicklung einer neuartigen Software (im weitesten Sinne, also unter Umständen auch neue Protokolle, neue Programmiersprachen, udgl) oder IT vor. An den Forschungs- bzw Entwicklungsergebnissen werden auch die [exklusiven] Rechte daran geschuldet. Zur allgemeinen Abgrenzung von Forschung und Entwicklung und etwaigen kartellrechtlichen Implikationen siehe den Kommentar zum [F + E AUFTRAG](https://www.ipag.at/vertragsmuster/) auf ipag.at.  Das Muster geht weiters davon aus, dass das zu erforschende bzw zu entwickelnde „Leistungssoll“ nach einem agilen Ansatz[[1]](#footnote-1) erst spezifiziert, erforscht bzw entwickelt wird. Vorab sind daher insbesondere die „Nicht-Ziele“ zu definieren.  Wird das Muster als Vertragsformular verwendet, dann ist[§ 864a ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12018587)  beachtlich, wonach Bestimmungen ungewöhnlichen Inhalts in Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Vertragsformblättern, die ein Vertragsteil verwendet hat, nicht Vertragsbestandteil werden, wenn sie für den anderen Teil nachteilig sind und er mit ihnen auch nach den Umständen, vor allem nach dem äußeren Erscheinungsbild der Urkunde, nicht zu rechnen brauchte; es sei denn, der eine Vertragsteil hat den anderen besonders darauf hingewiesen.  Zusätzlich ist [§ 879 Abs. 3 ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12018602)  beachtlich, wonach eine in Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder Vertragsformblättern enthaltene Vertragsbestimmung, die nicht eine der beiderseitigen Hauptleistungen festlegt, jedenfalls nichtig ist, wenn sie unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einen Teil gröblich benachteiligt. Natürlich bleiben sonstige Anfechtungsmöglichkeiten, insbesondere Abs. 1 *leg cit*, zu beachten, siehe aber Punkt 11.1.  Parteien:  Die Parteienbezeichnung ist sehr sorgfältig zu prüfen, insbesondere auch die Vertretungsbefugnis im universitären Umfeld; wichtig ist auch, dass zur Vertretung befugte Personen den Vertrag unterfertigen.  (Immaterialgüter)Rechte an der Software (im weitesten Sinne):  Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat bereits vor Jahrzehnten ausgesprochen: „*Computerprogramme sind häufig mühevolle, unter entsprechendem Arbeitsaufwand und Kostenaufwand hergestellte Leistungen*“[[2]](#footnote-2) - dementsprechend legt gegenständliches Muster die geschuldete Leistung und Gegenleistung fest.[[3]](#footnote-3) Seit 1.1.22 bestehen zwar urhebergesetzliche Regelungen zur „fairen Vergütung in Verwertungsverträgen mit Urhebern“, doch gelten diese nicht für Computerprogramme (§ 37g UrhG).  Bei der Überlassung und Nutzung von Software (Computerprogrammen) ist stets die urheberrechtliche Dimension zu beachten. Das setzt natürlich voraus, dass die Software ein „Werk“ iSd Urheberrechtsgesetz (UrhG) ist; § 40a UrhG normiert hiezu: *„(1) Computerprogramme sind Werke im Sinn dieses Gesetzes, wenn sie das Ergebnis der eigenen geistigen Schöpfung ihres Urhebers sind. (2) In diesem Gesetz umfasst der Ausdruck ‚Computerprogramm’ alle Ausdrucksformen einschließlich des Maschinencodes sowie das Material zur Entwicklung des Computerprogramms.“*  Ob eine Software das „Ergebnis einer eigenen geistigen Schöpfung“[[4]](#footnote-4) oder eine rein landläufige technische Umsetzung ohne Werkcharakter ist, grenzt der OGH wie folgt ab:[[5]](#footnote-5) „*Geschützt wird dabei nicht ein durch ihre Anwendung erzieltes Arbeitsergebnis, sondern die durch die Kombination vieler Programmschritte erreichte und damit individuell geprägte Problemlösung. Voraussetzung für ihren Schutz ist, dass sie eine gewisse Komplexität aufweisen*.“[[6]](#footnote-6) „*Computerprogramme weisen die erforderliche Komplexität auf, wenn etwa die gestellte Aufgabe mehrere Lösungen zuließ und der Programmierer genügend gedanklichen Spielraum für die Entwicklung individueller Merkmale hatte. Dies ist entweder bei komplexen Programmen oder dann anzunehmen, wenn sich im Werk ein ungewöhnlicher Grad an Erfahrung, Gewandtheit und Fachkenntnis manifestiert. Maßgeblich ist auch, ob ein Programm neu geschaffen wird oder ob der Programmierer im Wesentlichen auf bereits vorhandene Programmbausteine zurückgreifen kann.*“[[7]](#footnote-7)  Hinsichtlich der Werkkategorie ist weiters zwischen dem – hier besprochenen – „zugrundeliegenden“ Computerprogramm und den uU damit „verbundenen“ sonstigen Werken, insbesondere generierte Texte als uU Werke der Literatur (§ 2 UrhG), Grafiken (und auch „Graphical User Interfaces – GUI“[[8]](#footnote-8)) als uU Werke der bildenden Künste[[9]](#footnote-9) (§ 3 UrhG) und / oder Animationen als uU Werke der Filmkunst[[10]](#footnote-10) (§ 4 UrhG) zu unterscheiden.[[11]](#footnote-11) Da diese Unterscheidung im Einzelfall zu erfolgen hat, geht das Muster darauf nicht näher ein und wird in Punkt 1 der „Sammelbegriff“ des „Leistungssolls“ definiert. Soweit die Unterscheidung der Werkkategorien im Einzelfall von praktischer Relevanz sein könnte, ist es ratsam, für die Datenbestände iwS, nämlich eben für die gesonderten Werke der Literatur, Werke der bildenden Künste und / oder Werke der Filmkunst, gesonderte Regelungen vorzusehen. Etwaig besteht auch je nach Forschungs- bzw Entwicklungsbereich Sonderregelungsbedarf, etwa im Bereich der „Künstlichen Intelligenz“ durch einerseits „Sonderrechte“[[12]](#footnote-12) und andererseits „Sonderpflichten“[[13]](#footnote-13).  Es ist denkbar, dass Software bzw. die oben genannten etwaig mit dieser „verbundenen Werke“ bzw das „Leistungssoll“ nicht nur eine urheberrechtliche sondern eine weitere immaterialgüterrechtliche Dimension haben, etwa Kennzeichen- bzw. Markenrechte, Gebrauchs-, Geschmacks-Muster- oder gar Patentrechte. Da dies aber nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme ist, geht das Muster auf diese Sonderrechte nicht näher ein, erfasst diese aber insoweit, als eine Einräumung an „allen gegenwärtigen oder zukünftigen Rechten“ erfolgt; seit 1.1.22 gilt nach § 24c UrhG, dass solche Vereinbarungen der Schriftform bedürfen und dem Urheber grundsätzlich ein Widerrufsrecht zukommt – Details siehe Kommentar zu Punkt [\*].  Nach § 24 UrhG kann der Urheber anderen gestatten, das Werk auf einzelne oder alle Verwertungsarten zu benutzen („Werknutzungsbewilligung“); auch kann er einem anderen das ausschließliche Recht dazu einräumen („Werknutzungsrecht“). Beide können auch schlüssig erteilt werden;[[14]](#footnote-14) seit 1.1.22 gilt der gesetzliche Zweckübertragungsgrundsatz: Sind die Verwertungsarten nicht ausdrücklich einzeln bezeichnet, so bestimmt sich nach dem Vertragszweck, wie weit sich die Rechteeinräumung erstreckt; bei Werken, die im Rahmen eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses geschaffen wurden, sowie bei nachrangigen Beiträgen, gilt dies aber nicht. Bei Dienstnehmern – aber nur bei diesen[[15]](#footnote-15) – gilt, dass wenn ein Computerprogramm von einem Dienstnehmer in Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten geschaffen wird, dem Dienstgeber hieran ein unbeschränktes Werknutzungsrecht zusteht, wenn er mit dem Urheber nichts anderes vereinbart hat (§ 40b UrhG).  IZm Individualsoftware können die Vereinbarungen auf nicht-ausschließliche Werknutzungsbewilligung oder exklusive Werknutzungsrechte und mit oder ohne Source-Code-Übergabe und Bearbeitungsrecht daran lauten; Auftraggeber werden aber in der Regel darauf bestehen, dass von Ihnen finanzierte Software(Entwicklungen) ihnen exklusiv zustehen.  „Janusköpfiger“ Software-Vertrag:  Unabhängig davon, dass das Muster als Vertragstyp des Dienstvertrags (und nicht als Werkvertrag) ausgestaltet ist, soll ein „Leistungssoll“ erforscht bzw. entwickelt und übergeben werden. Das deckt aber nicht die urheber- bzw immaterialgüterrechtliche Dimension ab, sodass diese parallel geregelt werden muss. Diese „Janusköpfigkeit“ des Software-Vertrages ist und bleibt diesem aber immanent: § 33 Abs 2 UrhG normiert ja auch die Zweifelsregel, dass Eigentum am Werkstück und Verwertungsrechte „auseinanderfallen“ (können); vgl nunmehr auch den gesetzlichen Zweckübertragungsgrundsatz (§ 24c UrhG).  Zur Nutzung der überlassenen Software bedarf es eben neben sachenrechtlichen Fragen am Code noch der – aufgrund des Urheberrechts „notwendigen“ – darauf abzielenden Regelungen. Die „Eigentumsübertragung am Code“ hat auch eine wesentliche urheberrechtliche Komponente, nämlich iZm der Erschöpfung des Verbreitungsrechts (§ 16 Abs 3 UrhG).[[16]](#footnote-16) |  |
| 1. DEFINITIONEN (alphabetisch)    1. Abnahmeverhindernde Fehler: Festgestellter bzw reproduzierbarer nicht vertragsgemäßer Zustand des Leistungssolls, welche die Abnahme gemäß Definition of Done verunmöglichen.    2. Background: Ergebnisse, einschließlich Rechte, welche von den Parteien vor dem Tag des Inkrafttretens dieses Vertrags [oder außerhalb dieses Vertrags (iSv Sideground)] erworben oder geschaffen wurden.    3. „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“: Informationen, einschließlich Universitäts- bzw Forschungsgeheimnisse, die alle nachstehenden Kriterien erfüllen: (a) Sie sind in dem Sinne geheim, dass sie weder in ihrer Gesamtheit noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne weiteres zugänglich sind; (b) sie sind von kommerziellem bzw. wissenschaftlichem Wert, weil sie geheim sind; (c) sie sind Gegenstand von den Umständen entsprechenden angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen durch die Person, die die rechtmäßige Kontrolle über die Informationen besitzt [und (d) sind von der bereitstellenden Partei als solche gekennzeichnet, etwa mit „geheim“ oder Sinngleichem].    4. Change-Verfahren: Verfahren zur Änderungen des Leistungssolls.    5. Definition of Done: Liste an Kriterien zum Abschluss der Implementierungsarbeiten an einem Work Item (siehe Anlage ./2.1).    6. Dritte: alle juristischen oder natürlichen Personen außer den Parteien und deren unmittelbare Mitarbeiter, also insbesondere Angestellte.    7. Eskalation: Übergabe eines Themas in die nächst höhere Gremienhierarchie.    8. Fall der Vertragsauflösung: Sachverhalte, welche eine oder die Parteien zur fristlosen Auflösung der Vereinbarung berechtigen; davon ist die ordentliche Kündigung gemäß Punkt 9.2 abzugrenzen.    9. Komponenten: einzelne oder die Summe aller Teile des zu übergebenden Leistungssolls, mit Ausnahme der in Anlage ./2.1 festgelegten Dokumentation.    10. Leistungssoll: Auf Basis des Vertrags zu erbringende Leistungen der Universität, insbesondere wie in Anlage ./2.1 festgelegt.    11. Schriftlichkeit bzw. schriftlich: meint die schlichte eigenhändige Unterschriftsform. [Gemäß dem in der Universität geltenden Vieraugenprinzip bedarf es jedenfalls der Unterschrift von zwei vertretungsbefugten Universitätsangehörigen]. Es gilt für die Rechtswirkung jeweils das Einlangen/ die Abrufbarkeit beim Empfänger.    12. Schutzrechte: Immaterialgüterrechte, insbesondere nach dem Urheberrecht-, Patent-, Muster- und/ oder Kennzeichenrecht, insbesondere Markenrechte.    13. Stream: Fachlich-thematische Gruppierung des Leistungssolls mit programmaufbauorganisatorischer Auswirkung.    14. Subunternehmer: alle Unternehmer (im weitesten Sinne), derer sich die Universität oder ein Subunternehmer der Universität zur Erbringung des Leistungssolls bedient, und zwar unabhängig davon, ob diese Lieferanten, Werkunternehmer oder Dienstleister sind. Der Begriff erfasst damit insbesondere alle Unternehmer der „Subunternehmer-Kette“.    15. SV-Audit: Ein zur Vermeidung von Gerichtsverfahren vorgesehenes Streitschlichtungsverfahren unter Einbeziehung eines Sachverständigen, wie in Punkt 10.5 geregelt.    16. Tag des Inkrafttretens: der Tag der Unterzeichnung durch den Auftraggeber und der Universität.    17. Verbundene(s) Unternehmen: [solche Unternehmen, die nach den Vorschriften über die vollständige Zusammenfassung der Jahresabschlüsse verbundener Unternehmen (Vollkonsolidierung) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens gemäß [§ 244 UGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40109006)  einzubeziehen sind, das als oberstes Mutterunternehmen den am weitest gehenden Konzernabschluss gemäß [§§ 244 bis 267 UGB](http://www.ris.bka.gv.at/MarkierteDokumente.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=UGB&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=244&BisParagraf=267&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=07.02.2013&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=&WxeFunctionToken=fd0a55a0-a9a4-4209-96eb-c5d84bd9b27c)  aufzustellen hat, auch wenn die Aufstellung unterbleibt. Dies gilt sinngemäß, wenn das oberste Mutterunternehmen seinen Sitz im Ausland hat. Tochterunternehmen, die gemäß [§ 249 UGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40114066)  nicht einbezogen werden, sind ebenfalls verbundene Unternehmen.] [Die in der Anlage ./1.17 aufgezählten Gesellschaften der Unternehmensgruppe des Auftraggebers.]    18. Vertrag: gegenständliche vertragliche Regelung zwischen den Parteien, einschließlich sämtlicher Beilagen und Dokumente und dergleichen, auf welche ausdrücklich verwiesen wird.    19. Work Item: Kleinste, individuell definierte Arbeitseinheit im Leistungssoll (siehe Anlage ./2.1). | Kommentar Zu 1.2: Gerade bei Universitäten kann nicht ausgeschlossen werden, dass (unbekannterweise) von anderen Universitätsangehörigen gleichzeitig an Ähnlichem wie dem Leistungssoll geforscht bzw. Ähnliches wie das Leistungssoll entwickelt wird. Während Auftraggeber in der Regel diesen „Sideground“ auch vom Vertrag umfasst wissen wollen, lehnen dies Universitäten meist ab.  Zu 1.3: die Definition orientiert sich an jener der Richtlinie 2016/943 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) bzw der Richtlinienumsetzung in § 26b UWG (siehe die „Zivilrechtlichen Sonderbestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen“ in den §§ 26a ff UWG). Die Option der Kennzeichnung kann in der Praxis einerseits den Vorteil haben, formell – nämlich durch die Kennzeichnung – abzugrenzen, was unter die Regelungen fällt; andererseits kann es dazu führen, dass sämtliches Material als „geheim“ gekennzeichnet wird, was nicht Sinn und Zweck wäre.  Zu 1.5: Da der agile (Entwicklungs)Ansatz gewählt wurde (siehe oben Allgemeines), gibt es keine allgemeingültigen, vordefinierten Abnahmekriterien, sondern den „Abnahmeprozess“ gemäß Anlage ./2.1.  Zu 1.7: die Praxis zeigt, dass – neben detaillierter Vorbereitung und nach den faktischen Machtverhältnissen zwischen den Parteien ausgestalteten Zahlungsplänen – geordnete Eskalationsprozesse dazu führen können, Projekte vor dem Scheitern zu bewahren. Siehe auch unten zum SV-Audit.  Zu 1.9 und 1.10: da der Forschung- bzw. Entwicklungsgegenstand höchst unterschiedlich sein kann und – gemäß dem agilen Ansatz – beim Vertragsabschluss noch nicht gänzlich „ausdefiniert“ ist/ sein muss, wird im Muster „abstrakt“ vom Leistungssoll gesprochen. Dieses umfasst sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen der Universität; davon abgegrenzt werden die zu übergebenden Leistungen (insbesondere Software, IT) mit Ausnahme der Dokumentation.  Zu 1.13: gemäß dem agilen Ansatz wird das Leistungssoll in Anlage ./2.1 in (Work)Streams gruppiert.  Zu 1.15: Wie schon zu 1.7 angemerkt, können geordnete Eskalationsprozesse dazu führen, Projekte vor dem Scheitern zu bewahren. Ein Teil dieses geordneten Eskalationsprozesses ist im Muster ein SV-Audit.  Zu 1.17: während die Auftraggeberseite sämtliche Konzerngesellschaften – und das möglichst dynamisch – als „Begünstigte“ verstanden wissen will, möchte die Universität in der Regel genau abgrenzen können, wer bzw. welche Gesellschaften das Leistungssoll empfangen bzw. nutzen dürfen.  Zu 1.19: gemäß dem agilen Ansatz wird das Leistungssoll bzw die Streams in Anlage ./2.1 in Work Items zergliedert. |  |
| 1. GEGENSTAND DES VERTRAGS (LEISTUNGSSOLL EINSCHLIEßLICH RECHTEN)    1. Der Auftraggeber beauftragt die Universität mit der Erbringung des Leistungssolls, wie in der Leistungsbeschreibung (Work Items, sachliche Beschränkungen und Nicht-Ziele, Dokumentations-Vorgaben, Definition of Done iSv Abnahmekriterien, samt Arbeits-, Zeit- und Zahlungsplan) in Anlage ./2.1. beschrieben.    2. Im Lichte der Komplexität des Leistungssolls und des agilen Vorgehensmodells ist den Parteien bewusst, dass das Erzielen des Leistungssolls entscheidend vom Bemühen, vom Einsatz und von der Koordination aller Beteiligten abhängt – siehe dazu auch Punkt 3 (Grundsätze der Leistungserbringung). Das agile Vorgehen soll die detaillierte Festlegung des Leistungssolls, dessen Umsetzung und dessen Qualität unter gleichzeitiger Absicherung des Budgets, ermöglichen.    3. [Festgehalten wird, dass die Parteien das Leistungssoll ausschließlich nach den Regeln zum (freien) Dienstvertrag ausgelegt wissen wollen; deren gesetzliche Regelungen sind subsidiär zu den vertraglichen Regelungen und unter Umständen sinngemäß anzuwenden.]    4. Die Universität hat – soweit nicht in der Vereinbarung, insbesondere für Open Source und/oder Creative Commons-Lizenzen [und Forschungs- und Lehrzwecke], ausdrücklich Abweichendes vereinbart ist oder sich aus gesetzlichen Regelungen ergibt – sicherzustellen, dass die Rechtsposition des Auftraggebers am Leistungssoll zeitlich unbeschränkt und unbelastet ist und dem Auftraggeber das [ausschließliche] Nutzungsrecht [sowie alle Rechte, insbesondere gegenwärtige und zukünftige Schutzrechte, einschließlich (Bearbeitungs)Rechte] am Leistungssoll, insbesondere am (Source) Code (im weitesten Sinne) zukommen und der Code samt sämtlicher Entwicklungsdokumentation [und samt Entwicklungstools gemäß Anlage ./2.4] übergeben werden.    5. Jede Partei bleibt – soweit im Leistungssoll gemäß Anlage ./2.1 nicht anders definiert – Rechteinhaber bzw. Eigentümer ihres Backgrounds. Die Parteien werden sich im Rahmen der Definition des Leistungssolls nach bestem Wissen und Gewissen über den für die Durchführung erforderliche Background informieren und entsprechende Rechte daran einräumen. Sollte sich herausstellen, dass für die Durchführung weiterer Background erforderlich ist, ist die Definition entsprechend nach Treu und Glauben zu ergänzen. [Die Universität räumt dem Auftraggeber jedenfalls am für die Nutzung des Leistungssolls notwendigen Background der Universität nicht gesondert vergütete nicht-ausschließliche Rechte wie am Leistungssoll ein / Rechte gemäß Lizenzvertrag, Anlage ./2.5 ein].    6. Die obige Sicherstellung und die folgende Rechteeinräumung erfolgt Zug um Zug gegen Bezahlung der Vergütung gemäß Punkt 5 („urhebergesetzlicher Eigentumsvorbehalt“). Die [mit Ausnahme der in Anlage ./2.4 abschließend aufgezählten Komponenten] [exklusive, also ausschließliche / nicht-exklusive, also nicht-ausschließliche] Rechteeinräumung durch die Universität umfasst insbesondere das zeitlich, örtlich und [sachlich unbeschränkte / sachlich beschränkt auf die Zwecke bzw. Bereiche gemäß Anlage ./2.1], [ganz oder teilweise auf verbundene Unternehmen (sub)lizenzierbare und übertragbare] Recht, das Leistungssoll [in jeglicher Form] zu verwerten, betriebsmäßig zu gebrauchen, [frei und unter Verzicht auf etwaigen Werkschutz zu bearbeiten] oder zu den genannten Zwecken einzuführen oder zu besitzen. [Der Auftraggeber ist frei, das Leistungssoll zu bezeichnen und die Universität verzichtet – vorbehaltlich des nicht-verzichtbaren Schutzes der Urheberschaft – auf etwaige am Leistungssoll verbleibenden Rechte, wie insbesondere die Urheberbezeichnung. / Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Urheberschaft am Leistungssoll gegenüber Dritten auszuweisen (Urheberbezeichnung der mitwirkenden Universitätsangehörigen und deren Tätigkeit für die Universität)]. Die Universität wird auch gegenüber ihren Mitarbeitern, Subunternehmern und dgl., die zur Erbringung des Leistungssolls direkt oder indirekt eingesetzt werden, zur Einhaltung obiger Verpflichtungen notwendige schriftliche Vereinbarungen treffen und dem Auftraggeber auf Aufforderung herausgeben. [Davon unberührt bleibt iSd § 106 UG, dass – allerdings unter Berücksichtigung der Regelungen des Punktes 2.10 – jede oder jeder Universitätsangehörige das Recht hat, eigene wissenschaftliche oder künstlerische Arbeiten selbstständig zu veröffentlichen und dass bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der Forschung oder der Entwicklung und Erschließung der Künste Universitätsangehörige, die einen eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Beitrag zu dieser Arbeit geleistet haben, als Mitautorinnen oder Mitautoren zu nennen sind.] Die Universität sagt zu, das Leistungssoll selbst bzw. mit Subunternehmern, welche entsprechende Rechte eingeräumt haben, zu erbringen. Die Universität [garantiert, aber gegen Kostenersatz der belegten Nachforschung in diesem Zusammenhang / sagt nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne jegliche Nachforschungspflicht, zu], über die entsprechenden Rechte bzw. Berechtigungen zu verfügen, insbesondere dass das Leistungssoll weder im Ganzen noch in seinen Teilen in Schutzrechte Dritter unmittelbar oder mittelbar eingreift, also entweder solche nicht bestehen oder umfassend von den Dritten der Universität eingeräumt wurden. [Sollten Dritte Ansprüche wegen Schutzrechtsverletzungen gegen den Auftraggeber aufgrund eines Verstoßes gegen Bestimmungen dieses Vertrags durch die Universität geltend machen, so ist die Universität verpflichtet, den Auftraggeber auf erstes Anfordern hiervon verschuldensunabhängig freizustellen.]    7. [Hinsichtlich Teilen des Leistungssolls / der in Anlage ./2.1 genannten Teile des Leistungssolls kommen die entsprechenden Open Source- bzw Creative Commons- odgl Lizenzen zur Anwendung und hat der Auftraggeber diese zu beachten und hält diesbezüglich die Universität schad- und klaglos] [Insbesondere soweit im Zusammenhang mit dem Leistungssoll Open Source- bzw Creative Commons- odgl Lizenzen zur Anwendung kommen sollten, garantiert die Universität, dass den Auftraggeber keine Beschränkungen der gemäß Leistungsvertrag eingeräumten Rechte treffen, insbesondere den Auftraggeber und/ oder die Universität keine Veröffentlichungs-, Urhebernennungs-, oder Verlizenzierungsverpflichtungen am Leistungssoll treffen.]    8. [Soweit Komponenten nicht ohnedies gemäß Anlage ./2.1 in der Ursprungsform ihrer Erstellung an den Auftraggeber zu übergeben sind, hat die Universität sämtliche Komponenten in der Ursprungsform ihrer Erstellung (z.B. Source Code, XML-Darstellung, Projektdaten in Form eines Programmerstellungssystems) samt allen dazugehörigen technischen und Anwenderdokumentationen laufend online bei einer von der Universität und dem Auftraggeber als Treuhänderin zu beauftragenden Hinterlegungsstelle zu hinterlegen (Escrow). Details des Escrow, insbesondere zum Hinterlegungsprozess und der Prüfung des hinterlegten Materials, der Rechteeinräumung an den Auftraggeber im Fall der Herausgabe und die Herausgabekriterien, und die Kostentragung, sind in einer Vereinbarung zwischen Universität, dem Auftraggeber und der Hinterlegungsstelle zu vereinbaren.]    9. [Die Universität ist berechtigt, ihre Leistungen unentgeltlich und unbeschränkt für Forschungs- und Lehrzwecke zu nutzen und erhält in diesen Umfang eine unentgeltliche, weltweite, unwiderrufliche nicht-exklusive, aber nicht-übertragbare Lizenz.]    10. [Weiters anerkennt der Auftraggeber die Aufgabe der Universität und ihrer Angehörigen zur laufenden Veröffentlichung von Art, Gegenstand und Ergebnissen ihrer Forschungs- bzw. Entwicklungstätigkeit. Dementsprechend haben die Universität bzw. ihre Angehörigen das Recht, über das Leistungssoll in Form wissenschaftlicher Publikationen gemäß den nachfolgenden Bestimmungen selbstständig zu publizieren. In Abwägung der berechtigten Interessen an wissenschaftlichen Publikationen ist dies bei der Anmeldung von Schutzrechten dahingehend zu berücksichtigen, dass Aufgriffe von Erfindungen und Schutzrechtsanmeldungen rechtzeitig vor der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Publikation durchgeführt werden können. Die Parteien werden alles unterlassen, was der Patentierbarkeit einer Erfindung im Rahmen des Leistungssolls schädlich sein könnte, insbesondere verpflichten sie sich gegenseitig zur Geheimhaltung der Erfindung bis zur Einreichung der Schutzrechtsanmeldung. Die Universität wird den Auftraggeber über die beabsichtigte Publikation  informieren. Äußert sich der Auftraggeber innerhalb eines Zeitraumes von \_\_\_\_(z.B. 2 (zwei)) Wochen ab Einlangen der Mitteilung über die beabsichtigte Publikation nicht, so gilt nach Ablauf dieser Frist die Zustimmung zur betreffenden Publikation als erteilt. Erhebt der Auftraggeber innerhalb dieses Zeitraumes berechtigte und inhaltlich begründete Einwendungen, so haben die Parteien umgehend gemeinsam eine Lösung zu finden, um diese begründeten Einwendungen zu berücksichtigen (z.B. umgehende Anmeldung eines Schutzrechtes, Adaptierung des Publikationsinhalts, Hinwirken zur Sperre von Diplomarbeiten, Dissertationen durch die Studierenden). Nach Ablauf einer Frist von \_\_\_\_(z.B. 3 (drei)) Monaten ab Kenntnis der Information des Auftraggebers kann die Publikation jedenfalls veröffentlicht werden. Siehe zur sonstigen Geheimhaltung Punkt 4.    11. [Soweit schutzrechtsfähige Erfindungen Teil des Leistungssolls sind, sind diese nach Information an den Auftraggeber und auf dessen Verlangen von der Universität als Patente aufzugreifen. Die Universität trägt idZ allfällige Verpflichtungen zur Entrichtung der gesetzlichen Erfindervergütung gegenüber ihren Dienstnehmern. Der Auftraggeber hat die Universität für solche Zahlung allfälliger Erfindervergütungen schad- und klaglos zu halten. Beide Vertragspartner verpflichten sich in einem solchen Fall alles zu unterlassen, was der Patentierbarkeit dieser Erfindung schädlich sein könnte. Insbesondere sind sämtliche im Zusammenhang mit dieser Erfindung stehenden Informationen gegenüber Dritten geheim zu halten. Die Universität wird die Erfindung dem Auftraggeber anbieten. Der Auftraggeber hat das Recht, binnen sechs Wochen ab Zugang der Information über eine Erfindung schriftlich mitzuteilen, ob er die Erfindung in Anspruch nehmen wird. Sofern eine Inanspruchnahme durch den Auftraggeber erfolgt, stehen diesem sämtliche Rechte an der Erfindung zu. In diesem Fall ist der Auftraggeber unter Nennung der Erfinder zur Anmeldung eines Schutzrechts im eigenen Namen berechtigt. Die Kosten der Schutzrechtsanmeldung, ‑aufrechterhaltung und -verteidigung trägt sodann der Auftraggeber. Soweit der Auftraggeber für die Schutzrechtsanmeldungen die Unterstützung der Universität benötigt, wird die Universität dem Auftraggeber diese Unterstützung zukommen lassen. Der Universität hierdurch entstehende Kosten werden vom Auftraggeber getragen. Erfolgt innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe einer Erfindung im Zusammenhang mit dem Leistungssoll keine Mitteilung durch den Auftraggeber oder erklärt der Auftraggeber, auf sein Recht zu verzichten, so kann die Universität frei entscheiden, ob sie diese-Erfindung aufgreift, Schutzrechte anmeldet und diese selbst verwertet oder ob sie diese an den Erfinder freigibt.]    12. Die Parteien werden sich wechselseitig über jede ihnen bekannt gewordene und/ oder vermutete und/ oder behauptete Verletzung eines Schutzrechtes informieren. [Die Universität ist verpflichtet, den Auftraggeber zu warnen, wenn die Universität erkennt, dass das Leistungssoll (als Ganzes oder in ihren Teilen) fremde Schutzrechte verletzt oder verletzen könnte.] Jede Partei verpflichtet sich, die jeweils andere Partei unverzüglich umfassend schriftlich zu informieren, sollte sie wegen einer Schutzrechtsverletzung im Zusammenhang mit dem Leistungssoll in Anspruch genommen werden. Die in Anspruch genommene Partei wird sich in diesem Fall hinsichtlich des weiteren Vorgehens mit der anderen Partei abstimmen. Die andere Partei ist – soweit zulässig – berechtigt[, aber nicht verpflichtet], sich den entsprechenden Verfahren anzuschließen oder in diese einzutreten. [Die Universität hat sich jedenfalls hinsichtlich sämtlicher Verfahrensschritte mit dem Auftraggeber abzustimmen und hat den Weisungen des Auftraggebers Folge zu leisten; hinsichtlich der Folgen aufgrund der Weisungen hat der Auftraggeber die Universität schadlos zu halten.] Der Abschluss von Vergleichen sowie die Abstandnahme der Fortführung eines derartigen Verfahrens bedürfen der Zustimmung der anderen Partei, soweit dies Rechtsfolgen für die andere Partei haben könnte.    13. [Sollte tatsächlich eine Verletzung von Rechten Dritter im Zusammenhang mit dem Leistungssoll eingetreten sein, wobei dies auch dann als gegeben anzusehen ist, wenn ein SV-Audit (siehe Punkt 10.5) zu diesem Ergebnis kommt, wird die Universität [soweit zumutbar und technisch möglich] auf ihre Kosten eine alternative Technologie implementieren, die frei von Rechten Dritter ist und den Auftraggeber diesbezüglich schad- und klaglos halten. Hinsichtlich der alternativen Technologie gelten die Anforderungen des Vertrags sinngemäß.] | Zu 2.1 und 2.2: da der Forschung- bzw. Entwicklungsgegenstand gemäß dem agilen Ansatz (siehe oben Allgemeines und die Definitionen) im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht gänzlich „ausdefiniert“ ist/ sein muss, wird im Muster „abstrakt“ vom Leistungssoll gesprochen; Konkretisierungen erfolgen via der (individuell zu erstellenden) Anlage ./2.1.  Zu 2.3: bei Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen wird typischerweise das „ordnungsgemäße Bemühen“ iSd Vertragstypus des (freien) Dienstvertrages und nicht der „Erfolg“ iSd Vertragstyps des Werkvertrags von der Universität geschuldet. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf Anwendbarkeit bzw. Fragen der Haftung (Gewährleistungs- und/ oder Schadenersatz: im B2C-Bereich würde dies uU zu weiteren gesetzlichen Sonderbestimmungen führen, wie etwa nach dem Verbrauchergewährleistungsgesetz – VGG).  Zu 2.4 bis 2.6: der Bedarf des Umfangs der Rechteeinräumung hängt natürlich vom konkreten Leistungssoll bzw. den konkreten Verhandlungen zwischen den Parteien ab. Jedenfalls sollte gewährleistet sein, dass dem Auftraggeber jene Rechte ausdrücklich eingeräumt werden, welche er für die Nutzung des Leistungssolls für die beabsichtigten Zwecke benötigt. Vgl seit 1.1.22 den gesetzlichen Zweckübertragungsgrundsatz: Sind die Verwertungsarten (vgl §§ 14 bis 18c UrhG) nicht ausdrücklich einzeln bezeichnet, so bestimmt sich nach dem von beiden Vertragspartnern zugrunde gelegten Vertragszweck, auf welche Verwertungsarten sie sich erstreckt; Entsprechendes gilt für die Frage, ob eine Werknutzungsbewilligung erteilt oder ein Werknutzungsrecht eingeräumt wurde, wie weit die Erlaubnis und das eingeräumte Recht reichen und welchen Einschränkungen sie unterliegen. Zu „unbekannten Verwertungsarten“ normiert Abs 2 leg cit, dass eine Vereinbarung dazu der Schriftform bedarf und der Urheber ein Widerrufsrecht hat, welches aber nach Ablauf von drei Monaten, nachdem der Vertragspartner die Mitteilung über die beabsichtigte Aufnahme der neuen Art der Verwertung an den Urheber unter der ihm zuletzt bekannten Anschrift abgesendet hat, erlischt; auf das Widerrufsrecht kann im Voraus nicht verzichtet werden. An einem Filmwerk oder an einem zur Herstellung eines Filmwerks benutzten Werk steht das Widerrufsrecht nicht zu. Das Widerrufsrecht besteht weiters nicht, wenn der Urheber einen lediglich nachrangigen Beitrag zu einem Werk, einem Produkt oder einer Dienstleistung erbracht hat, bei Werken, die im Rahmen eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses geschaffen wurden, sowie wenn gesondert eine zusätzliche angemessene Vergütung für die unbekannte Verwertungsart vereinbart wurde.  Es sollten neben dem klaren Umfang auch ausdrücklich etwaige Grenzen der Rechteeinräumung/ Nutzungsmöglichkeit klargestellt werden, um Streit in der Folge zu vermeiden. Schon rein logisch kollidieren hier die Interessen der Parteien, weil der Auftraggeber sich in der Regel möglichst viele Rechte zur Absicherung einräumen lassen will, während die Universität in der Regel an einer möglichst beschränkten Rechteeinräumung Interesse hat.  Der „urhebergesetzliche Eigentumsvorbehalt“ (= Rechteeinräumung erst mit Zahlung) erfolgt sowohl zur Absicherung der Zahlungen als auch zur Vermeidung beihilfenrechtlicher Themen.  Gerade im Zusammenhang mit Open Source- bzw Creative Commons- odgl Lizenzen stellen sich zahlreiche Fragen im Einzelfall; zum Teil sind diese nicht rechtssicher zu beantworten, sodass die Parteien (ein logisch entgegengesetztes) Interesse haben, sich gegenüber etwaigen Ansprüchen Dritter abzusichern. In diesem Zusammenhang hat der Auftraggeber insbesondere den sog „copyleft-Effekt“[[17]](#footnote-17) zu „befürchten“.  Zu 2.6: Zur Absicherung der Nutzung – insbesondere Weiterentwicklung – der Komponenten durch den Auftraggeber, fordern diese in der Regel die Übergabe der Entwicklungen in der Ursprungsform bzw deren Hinterlegung bei einem Treuhänder (Escrow). Herausgabekriterium ist dann die unberechtigte Weigerung bzw Unmöglichkeit der Universität das Leistungssoll zu erbringen bzw weiterzuentwickeln.  Zu 2.7: bei einer exklusiven/ ausschließlichen Rechteeinräumung durch die Universität in Punkt 2.5 sichert diese Klausel die Nutzung der Universität für Forschung und Lehre bzw. auch zur nicht-kommerziellen Krankenbetreuung, wobei aus Sicht des Auftraggebers eine Konkretisierung dieser Begriffe durchaus wünschenswert sein könnte.  Zu 2.9: Auftraggeber wünschen in der Regel den Aufgriff von sogenannten Diensterfindungen zu Gunsten des Auftraggebers. Solche Klauseln sind – soweit patentierbare Erfindungen Gegenstand des Leistungssolls sein können – im Detail zu verhandeln.  Zu 2.10 und 2.11: neben dem Scheitern bei der Entwicklung an sich, besteht ein – praktisch immer wichtiger werdendes – Risiko, dass die Entwicklung bzw. deren Nutzung (unverschuldet) in Rechte Dritter eingreift. Da im Bereich des „Geistigen Eigentums“ zahlreiche Ansprüche (insbesondere auf Unterlassung, Beseitigung, Urteilsveröffentlichung und auch auf einfaches Entgelt) auch verschuldensunabhängig bestehen, besteht ein Interesse der Auftraggeber bzw. der Parteien, den potentiellen Haftungsumfang zwischen den Parteien zu regeln. Naturgemäß bestehen hier widerstreitende Interessen der Parteien. |  |
| 1. GRUNDSÄTZE DER LEISTUNGSERBRINGUNG    1. Im Lichte der Komplexität des Leistungssolls und des agilen Vorgehensmodells (siehe jeweils Anlage ./2.1) verpflichten sich die Parteien stets zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit, sodass die Parteien nach dem Grundsatz von Treu und Glaube alles zu tun haben, was zur Erfüllung des Leistungssolls erforderlich ist.    2. Das Leistungssoll ist stets [professionell, norm- und fachgerecht, sorgfältig und] im Einklang mit der „best practice der Forschung“ und in Übereinstimmung mit den anwendbaren rechtlichen Vorgaben sowie den gewöhnlich vorausgesetzten und/ oder insbesondere in Anlage ./2.1 festgelegten Anforderungen zu erbringen. Maßstab dafür ist [stets der jeweilige Zeitpunkt der Leistungserbringung] [der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses].    3. [Zur Sicherung der Qualität des Leistungssolls sind während der gesamten Vertragslaufzeit von der Universität angemessene und wirksame Qualitätssicherungs- und Qualitätsmanagementsysteme, wie in Anlage ./2.1 definiert, einzusetzen.]    4. Die Parteien halten ausdrücklich fest, dass sie wechselseitig die allgemeinen gesetzlichen und vertraglichen Treue-, Schutz- und Aufklärungspflichten treffen (vgl Punkt 7). [Die Universität hat bis zur jeweiligen Defintion of Complete gemäß Anlage ./2.1 den Auftraggeber laufend über technologische Änderungen, Verbesserungsmöglichkeiten und Risiken im Zusammenhang mit dem jeweiligen Work Item sowie geänderte wirtschaftliche, rechtliche und / oder sonstige Umstände, die geeignet erscheinen, sich auf das Leistungssoll auszuwirken, zu informieren.]    5. [Die Universität hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob dem Leistungssoll faktische oder rechtliche Hindernisse bzw. Bedenken entgegenstehen. Die Universität hat den Auftraggeber gegebenenfalls unverzüglich zu warnen, sowie jedenfalls laufend entsprechend zu beraten und Handlungsalternativen aufzuzeigen. Allfällige – auch sonstige – Bedenken hinsichtlich des Leistungsolls hat die Universität dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich und konkret begründet mitzuteilen.]    6. Die Erfüllung des Leistungssolls soll grundsätzlich – soweit als möglich, insbesondere in Leistungssoll-kritischen Schlüsselpositionen – mit Dienstnehmern der Universität erfolgen. Die Universität stellt sicher, dass alle eingesetzten Mitarbeiter über jene Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen, die für die konkrete Leistung unter Beachtung des vereinbarten hohen Qualitätsniveaus und zur Erreichung des vertraglichen Erfolgs notwendig oder zweckdienlich sind.    7. Drittleistungen müssen von der Universität bei Subunternehmern so beschafft werden, dass diese diesem Vertrag entsprechen. [Eine gänzliche Weitergabe des Leistungssolls oder wesentlicher Teile davon an Subunternehmer ist jedenfalls unzulässig.] Die Universität sichert zu, dass etwaige Subunternehmer sorgfältig ausgewählt wurden (und bei allfälligen künftigen Subunternehmer-Wechseln sorgfältig ausgewählt werden), und dass sie sich von deren Eignung für die Erfüllung des betreffenden Teils des Leistungssolls überzeugt hat. Hinsichtlich der Zustimmungspflicht des Auftraggebers zu Subunternehmern, welche im Rahmen des Leistungssolls personenbezogene Daten verarbeiten, siehe Punkt 4. Die Universität wird eine Liste der Subunternehmer, welche für das Leistungssoll eingesetzt werden, dem Auftraggeber laufend zur Verfügung stellen und diese aktuell halten.    8. Die Universität hat den Auftraggeber bzw dessen [mit dem Bereich des Leistungssolls versierte] Mitarbeiter auf das Leistungssoll gemäß dem in Anlage 3.8 festgelegten Mindestumfang zu schulen[, sodass die Zielerreichung sichergestellt ist].    9. Die Universität hat ihre Leistungen zu dokumentieren. Die Dokumentation hat (bei agilem Vorgehen entsprechend) [norm- bzw. industriestandardgemäß / gemäß „*best practice* der Forschung“] und – soweit nicht ausdrücklich anders festgelegt – in [deutscher / der für den Forschungsbereich üblichen] Sprache zu erfolgen und ist laufend zu erstellen, zu übergeben [und aktuell zu halten]. | Grundsätzlich sind diese Regelungen jeweils im Lichte der obigen Rechteeinräumung zu verhandeln; je umfassender die Rechteeinräumung durch die Universität und damit in der Regel auch die Vergütung durch den Auftraggeber (siehe Punkt 5), desto mehr Sicherstellungen wird der Auftraggeber hinsichtlich der Rechteeinräumung verlangen. |  |
| 1. GEHEIMHALTUNGS- UND NICHTVERWENDUNGSPFLICHT, DATENSCHUTZ    1. Die Parteien verpflichten sich, sämtliche erhaltenen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geheim zu halten und nur zum Zweck der Zusammenarbeit unter diesem Vertrag zu verwenden und weder zum eigenen Gebrauch in irgendeiner Art und Weise auszunützen oder ausnützen zu lassen, noch Unbeteiligten ohne vorherige schriftliche Einwilligung der anderen Partei zugänglich zu machen oder dies zu dulden.    2. Die Parteien dürfen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der anderen Partei an Mitarbeiter ihrer Unternehmen [und verbundene Unternehmen] [bzw Forschungspartnern der Universität] sowie Subunternehmer weitergeben, aber nur soweit diese die Informationen zur Erbringung des Leistungssolls unbedingt benötigen. Die Parteien haben dafür zu sorgen, dass diese Personen, denen derartige Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zugänglich werden können, in zumindest diesem Vertrag entsprechender Weise schriftlich zur Geheimhaltung und Nichtverwendung verpflichtet werden, dies auch für die Zeit nach deren Ausscheiden aus dem Unternehmen bzw. nach Beendigung des Subunternehmer- bzw Forschungs-Verhältnisses.    3. Nicht unter diese Geheimhaltungs- und Nichtverwendungspflicht fallen Informationen, die nachweislich  * der empfangenden Partei bereits vor ihrer Übermittlung bekannt waren; * zur Zeit ihrer Übermittlung bereits offenkundig waren; * nach ihrer Übermittlung offenkundig geworden sind, ohne dass dies von der empfangenen Partei zu vertreten ist; * nach ihrer Übermittlung der empfangenden Partei von dritter Seite auf gesetzlich zulässige Weise und ohne Einschränkung in Bezug auf Geheimhaltung oder Verwendung zugänglich gemacht worden sind; * von der empfangenden Partei unabhängig erarbeitet worden sind; oder * aufgrund gesetzlicher Vorschriften, gerichtlicher Entscheidungen oder behördlicher Verfügungen offengelegt werden müssen; in diesem Fall hat die zur Offenlegung verpflichtete Partei die andere Partei unverzüglich von der Offenlegung in Kenntnis zu setzen, soweit dies rechtlich zulässig ist.   1. Die oben genannten Geheimhaltungs- und Nichtverwendungsbestimmungen bleiben auch nach Beendigung des Vertrags [zeitlich unbegrenzt / für einen Zeitraum von fünf Jahren] in Kraft, solange die Informationen nicht öffentlich bekannt sind.   2. Soweit die Universität und/ oder der Auftraggeber und/ oder sonstige Personen im Rahmen des Leistungssolls personenbezogene Daten als Auftragsverarbeiter (iSd Art 28 der Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO) verarbeitet/ verarbeiten, stellen die Parteien sicher, dass zumindest den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Auftragsverarbeitervereinbarungen geschlossen werden; dies auch in der etwaigen Kette der Auftragsverarbeiter. | Vgl die „Zivilrechtlichen Sonderbestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen“ in den §§ 26a ff UWG und den etwaigen „Strafrechtlichen Schutz“ nach § 11 UWG.  Vgl als „Muster“ etwa die „Standardvertragsklauseln für Verantwortliche und Auftragsverarbeiter in der EU / im EWR“ der EU-Kommission.[[18]](#footnote-18) |  |
| 1. **VERGÜTUNG**    1. Die Vergütung der Universität für das Leistungssoll ist in Anlage ./5.1 gemäß dem Zahlungsplan in Anlage ./2.1 vereinbart.    2. Die Leistungen werden ohne [zuzüglich] Umsatzsteuer in Rechnung gestellt. [Stellt sich heraus, dass die Leistung oder Teile der Leistung der Universität doch umsatzsteuerpflichtig sind, ist die Universität dazu berechtigt, die Umsatzsteuer nachträglich in Rechnung zu stellen. Der Auftraggeber erklärt sich zur Nachentrichtung der Umsatzsteuer bereit.]    3. [Es gilt – insbesondere im Sinne der universitären Vollkostenrechnung – folgende Wertsicherung, die einmal jährlich, mit Wirksamkeit zum 1. Jänner eines jeden Kalenderjahres, wirksam wird. Basis ist der [Verbraucherpreisindex 2015 / Tarifindex des verbindlichen durchschnittlichen Mindestgehalts aus dem Kollektivvertrag für Angestellte von Unternehmen im Bereich Dienstleistungen in der automatischen Datenverarbeitung und Informationstechnik (IT-KV) / die Indexierung gemäß dem Kollektivvertrag der ArbeitnehmerInnen der Universitäten (Uni-KV)]. Sollte die Erhöhung des durchschnittlichen Mindestgehalts nicht rechtzeitig vor dem 1. Jänner bekanntgegeben werden, werden die Entgelte rückwirkend angepasst und ausgeglichen. Bei der Berechnung der Wertsicherung wird stets auf Kalenderjahre abgestellt. Sollte der genannte Index noch ein an seine Stelle tretende mehr bestehen, dann ist das wertgesicherte Entgelt nach analogen Prinzipien zu berechnen, wie sie für die Wertsicherung zuletzt maßgebend waren.]    4. [Mit der vereinbarten Vergütung sind alle Aufwendungen und Kosten, die für eine vollständige Erbringung des Leistungssolls abgegolten. Hierzu zählen zum Beispiel auch Nebenleistungen. Die vereinbarte Vergütung versteht sich – mit Ausnahme der Reisekosten - als „All-In“-Entgelt, soweit nicht im Rahmen des Leistungssolls anders festgelegt. Über diese Entgelte hinaus dürfen daher auch keinerlei Kosten odgl zur Verrechnung gebracht werden. Dies gilt insbesondere für Nebenkosten, Lizenzkosten, Kosten der Vertragserrichtung, Entsorgungskosten etc. In den vereinbarten Entgelten enthalten sind alle für die Erbringung des Leistungssolls etwaig notwendigen Klein- und / oder Ersatzteile, Hilfsmittel und Betriebsstoffe.]    5. Die Rechnungen sind nach Erhalt gemäß dem Zahlungsplan in Anlage ./2.1 ohne jeden Abzug binnen [30/ 60] Tagen zahlbar. Die Zahlung erfolgt ausnahmslos durch Überweisung auf ein von der Universität bekannt zu gebendes Konto bei einem inländischen Kreditinstitut.    6. Werden Zahlungen – auch unverschuldet – nicht fristgerecht geleistet, gebühren für den offenen Betrag, vom Ende der Zahlungsfrist an, Zinsen in gesetzlicher Höhe zwischen Unternehmern.    7. Sind Überzahlungen erfolgt, so kann der Auftraggeber diese jedenfalls nach den Bereicherungsregeln zurückfordern. Allfällige Überzahlungen sind von der Universität binnen [30 / 60] Tagen ab schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber zurückzuzahlen.    8. Zahlungen und Rechnungsprüfungen, aber auch die Unterlassung der Ablehnung bzw Rücksendung zur Neuausstellung einer Rechnung im Rahmen der Rechnungsprüfung, kommt nicht der Charakter einer Willenserklärung, und damit insbesondere auch keinerlei anerkennende Wirkung, zu.    9. Soweit (Schadenersatz)Forderungen des Auftraggebers durch SV-Audit oder durch die Universität ausdrücklich anerkannt oder durch gerichtlich rechtskräftiges Urteil festgestellt wurden, können diese vom Auftraggeber gegen Entgelte und sonstige etwaige Forderungen der Universität aufgerechnet werden; ansonsten ist eine Aufrechnung und/ oder Zurückbehaltung von Zahlungen ausgeschlossen. | Zwar bestehen urhebergesetzliche Sonderbestimmungen zur „Fairen Vergütung in Verwertungsverträgen mit Urhebern“, doch sind diese gemäß § 37g UrhG nicht auf Computerprogramme anwendbar. Ansonsten würde insbesondere gelten, dass dem Urheber für eine Rechteeinräumung eine angemessene und verhältnismäßige Vergütung zukommen muss. Dies steht nach dem Gesetz der Vereinbarung von pauschalen Vergütungen nicht entgegen, soweit dabei der wirtschaftliche Wert der betroffenen Rechte, der Beitrag des Urhebers zu dem Werk oder der Verbindung mehrerer Werke und die branchenüblichen und redlichen Marktgegebenheiten berücksichtigt werden. Eine Vergütung ist nach dem UrhG angemessen, wenn sie im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses dem entspricht, was im Geschäftsverkehr unter Berücksichtigung aller Umstände für die eingeräumten Nutzungsmöglichkeiten üblicher und redlicher Weise zu leisten ist.[[19]](#footnote-19)  Es würde sonst auch ein „gesetzliches Bestseller-Korrektiv“ (§ 37c UrhG) bestehen:[[20]](#footnote-20) Der Urheber hat gegenüber demjenigen, dem er ein Nutzungsrecht eingeräumt hat, Anspruch auf eine zusätzliche, angemessene und faire Vergütung, wenn sich die ursprünglich vereinbarte Vergütung im Vergleich zu sämtlichen späteren einschlägigen Einnahmen aus der Verwertung des Werks als eindeutig unverhältnismäßig niedrig erweist. Wird das Nutzungsrecht (weiter)übertragen, haftet der Erwerber dem Urheber nach Maßgabe des vorstehenden Satzes unmittelbar; die Haftung des Veräußerers entfällt. |  |
| 1. **STRUKTURIERTE ORGANISATION DER BETEILIGTEN**    1. Die Parteien haben ein agiles Vorgehensmodell zur Festlegung (einschließlich leistungsspezifische Qualitätsanforderungen), zur Umsetzung (einschließlich Schulung, Dokumentation samt Qualitätssicherungs- und Qualitätsmanagementsysteme und Abnahme) und zur Kontrolle des Leistungssolls und der Budgetierung vereinbart; siehe Beschreibung des Leistungssolls in Anlage ./2.1. |  |  |
| 1. GEWÄHRLEISTUNG UND HAFTUNG    1. Ist absehbar, dass die Universität einen oder mehrere vertraglich vorgesehene Termine voraussichtlich nicht einhalten wird (können), hat die Universität binnen angemessener Frist – längstens 14 Tagen - einen detaillierten Maßnahmen- und Ablaufplan vorzulegen, in dem darlegt wird, welche Maßnahmen die Universität ergreifen wird, um den Verzug und dessen Folgen zu vermeiden oder möglichst gering zu halten. Der Auftraggeber kann bei [durch die Universität verschuldetem / durch die Universität verursachtem] Verzug entweder  * unter Setzung einer angemessenen Nachfrist auf Erfüllung des Leistungssolls beharren; oder * unter Setzung einer angemessenen Nachfrist eine Ersatzvornahme vornehmen oder vornehmen lassen; oder * unter Setzung einer Nachfrist den Vertrag hinsichtlich der vom Verzug betroffenen Teile auflösen.   Darüberhinausgehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere aus dem Titel des Schadenersatzes, bleiben unberührt.   * 1. Abnahmeverhindernde Fehler (sowohl hinsichtlich Definition of Done als auch Definition of Complete): im Rahmen des Vorgehensmodells in Anlage ./2.1 werden die Abnahmeverfahren einschließlich der Mitwirkungspflichten des Auftraggebers festgelegt. Die Universität hat alle abnahmeverhindernden Fehler binnen angemessener, möglichst kurzer Frist zu beheben. Auf Aufforderung durch den Auftraggeber hat die Universität binnen angemessener Frist einen Maßnahmen- und Ablaufplan vorzulegen, in dem die Universität darlegt, welche Maßnahmen sie setzen wird, um die rasche Behebung des Fehlers sicherzustellen und eine (weitere) zeitliche Beeinträchtigung hintanzuhalten. Entspricht dieser Maßnahmen- und Ablaufplan den Erfordernissen des Leistungssolls nicht, so hat der Auftraggeber das Recht, eine angemessene Frist zur Behebung des Fehlers zu setzen. Ist eine endgültige Behebung kurzfristig nicht möglich, kann die Universität binnen angemessener Frist adäquate Maßnahmen für die behelfsmäßige Behebung vorschlagen. [Die Universität trägt die Kosten der behelfsmäßigen und der endgültigen Behebung.] Nach der Fehlerbehebung hat die Universität das Abnahmeobjekt (erneut) zur Abnahme bereitzustellen. Sollte eine neuerliche Abnahme nicht binnen [3/6 Monaten] ab der 1. Aufforderung zur Fehlerbehebung erfolgen, kann der Auftraggeber den Vertrag [hinsichtlich der vom Verzug betroffenen Teile] auflösen.   2. [Die Parteien kennen die mit einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt verbundenen Erfolgsrisiken und schließen daher – soweit nicht ausdrücklich anderes im Vertrag vereinbart ist – jegliche Gewährleistung und – außer bei Vorsatz – die Haftung für Verletzung von Aufklärungspflichten aus. / Im Sinne dieses Vertragskapitels gilt jede Abweichung vom Leistungssoll als Mangel, die bei Abnahme (oder – falls aus welchem Grund auch immer für eine Leistung kein Abnahmeprozess erfolgt – bei Übergabe) vorliegt oder nach diesem Zeitpunkt hervorkommt. Abweichungen vom Leistungssoll, die vor Abnahme bzw. vor Produktivsetzung vorliegen, sind nach den Regeln der Nichterfüllung bzw Verzug zu behandeln. Die Universität leistet – unabhängig von der gesetzlichen Anwendbarkeit, somit dann analog – nach den Regelungen der gesetzlichen Gewährleistung Gewähr für die vertraglich bedungenen und die gewöhnlich vorausgesetzten Eigenschaften des Leistungssolls. Die Universität haftet sowohl für Sachmängel als auch für Rechtsmängel – zu Rechten Dritter siehe Punkt 2.10]. Den Auftraggeber treffen – sofern nicht ausdrücklich anders vereinbart – keine Untersuchungs- oder Rügepflichten oder -obliegenheiten. Die Anwendung der §§ 377, 378 und 381 UGB wird einvernehmlich ausgeschlossen, sodass der Auftraggeber nicht zur Erhebung einer Mängelrüge verpflichtet ist, um seine Gewährleistungsansprüche zu wahren. Die Gewährleistungsfrist beträgt [sechs / zwölf] Monate und beginnt mit der Abnahme gemäß Definition of Complete gemäß Anlage ./2.1. Kommt ein Mangel innerhalb der Gewährleistungsfrist hervor, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass er schon zum Zeitpunkt der Übergabe (Zeitpunkt der Abnahme bzw. der vollständigen Produktivsetzung der jeweiligen Leistung) vorhanden war. Mit dem Tag der Abnahme der erfolgreichen Behebung eines Mangels beginnen obige Fristen für die betreffenden Teile der Leistung neu zu laufen. Durch außergerichtliche Anzeige eines Mangels verlängert sich die Frist zur gerichtlichen Geltendmachung aller mit dem angezeigten Mangel zusammenhängenden Ansprüche um jeweils ein Jahr. Im Zuge der Gewährleistung kommen dem Auftraggeber die Rechte nach § 932 ABGB zu.]   3. Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags haben die Parteien Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihnen durch die andere Partei schuldhaft zugefügt wurde, wie folgt: * bei grobem Verschulden (Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit) Anspruch auf Ersatz des Schadens samt des entgangenen Gewinns; * bei leichter Fahrlässigkeit ist die Haftung [ausgeschlossen / für sämtliche Schäden mit 50% der Vergütung begrenzt.]   1. Die vereinbarten Haftungsbegrenzungen gelten nicht * für Personenschäden sowie * [für Fälle, in denen in Schutzrechte Dritter eingegriffen wird – siehe Punkt 2.10, sowie] * für die Kosten von Ersatzvornahmen in obigem Sinne.   1. Im Übrigen richten sich der Umfang des Schadenersatzes, die Verjährung von Ansprüchen und die Beweislast nach den gesetzlichen Bestimmungen. | Zu 7.1: zu beachten ist, dass Ersatzvornahmen im Bereich der Software/ IT-Forschung und Entwicklung praktisch schwer bis unmöglich sind.  Zu 7.3: Das Risiko eines Forschungsvertrages liegt insbesondere in der Ungewissheit der Erreichung des angestrebten Ergebnisses („Leistungssoll“) und der damit verbundenen Ungewissheit der damit verbundenen Kosten und der damit verbundenen Dauer der Forschung. Aus diesem Grund will die Universität in der Regel die Vorschriften über den Werkvertrag [(§ 1165 ABGB ff](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12018905) ) nicht angewendet wissen. Das Wesen des Werkvertrages besteht nämlich darin, dass der Werkunternehmer einen Erfolg – die Aufführung des Werkes – schuldet ([§ 1168 ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12018908) ) und grundsätzlich nach vollendetem Werk das Entgelt erhält ([§ 1170 ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12018911) ). Dieses werkvertragliche Schulden des Erfolges ist im Wesentlichen verschuldensunabhängig, soweit nicht die Vereitelung der Ausführung in der Sphäre des Auftraggebers liegt ([§§ 1168, 1168a, 2. Satz ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/MarkierteDokumente.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=ABGB&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=1168&BisParagraf=1168a&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=07.02.2013&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=&WxeFunctionToken=e1bb3595-a2a0-400c-b8bb-2f9665f11943) ). Bei Erbringung eines mangelhaften „Werkes“ kommen die für entgeltliche Verträge geltenden Bestimmungen zur Anwendung ([§ 1167](http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40018134)  iVm [§§ 922 bis 933b ABGB](http://www.ris.bka.gv.at/MarkierteDokumente.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=ABGB&Gesetzesnummer=&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=922&BisParagraf=1167&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=07.02.2013&NormabschnittnummerKombination=Und&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte=&WxeFunctionToken=6725e45f-cb27-41d1-91af-c4a0d6199f30) ). Da der Forschungsvertrag kein Vertrag mit gesetzlich geregeltem Inhalt ist, empfiehlt es sich, im Vertrag die Haftung bzw. Haftungsausschlüsse genau zu regeln und insbesondere nicht werkvertragliche Bestimmungen zur Anwendung kommen zu lassen. Die im Muster gewählten Formulierungen („Bemühen“, etc.) machen fest, dass es sich um keinen Werkvertrag handelt, geschuldet wird vielmehr nur ein Bemühen, das angestrebte Ergebnis zu erreichen. Die Verletzung der im Vertrag in diesem Zusammenhang festgelegten Dienstleistungs-Pflichten kann unter anderem Ansprüche auf positive Vertragsverletzung auslösen. |  |
| 1. **HÖHERE GEWALT UND BEHINDERUNG**    1. Ein Ereignis (in der Folge) „höherer Gewalt“ liegt vor insbesondere bei  * einer kriegerischen Auseinandersetzung, die auf dem Gebiet der Republik Österreich stattfindet oder dieses unmittelbar betrifft, * Revolution, Aufstand, terroristischen Akten oder Sabotageakte durch Dritte, * Seuchen oder Epidemien, * Streiks oder Aussperrungen, von denen die Universität unmittelbar betroffen ist, * Hochwasser, Erdbeben, Feuer- oder Naturkatastrophen und * vergleichbare Ereignisse.   Weder die Universität noch der Auftraggeber haften für die Nichterfüllung oder die verzögerte Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen, sofern (i) diese Nichterfüllung oder verzögerte Erfüllung durch ein Ereignis höherer Gewalt verursacht wurde und das Ereignis die Erfüllung tatsächlich verzögert oder unterbricht, wenn (ii) das Ereignis höherer Gewalt nicht von der betroffenen Partei zu vertreten ist und dessen Folgen von dieser auch bei Aufwendung angemessener Sorgfalt nicht abgewendet hätten werden können, wenn (iii) sie die andere Partei umgehend schriftlich über Natur und Ausmaß der Höheren Gewalt, die zu ihrem Leistungsausfall oder Verzug geführt hat, verständigt; und (iv) sie alles in ihrer Macht Stehende unternommen hat, um die Auswirkungen des Ereignisses Höherer Gewalt auf die Erfüllung ihrer Pflichten aus diesem Vertrag auf jede angemessene Weise zu minimieren und die Erfüllung ihrer Pflichten so schnell wie möglich wieder aufzunehmen. Falls das Ereignis Höherer Gewalt länger als sechs Monate dauerhaft anhält, kann dieser Vertrag von jeder Partei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vierzehn (14) Tagen gekündigt werden. Bei Ablauf dieser Kündigungsfrist endet dieser Vertrag. Eine solche Beendigung erfolgt unbeschadet der in Punkt 9.5 festgelegten Rechte und Pflichten.   * 1. Eine Behinderung der Leistungserbringung (in der Folge „Behinderung“) liegt vor, wenn und insoweit (i) einer der folgenden Behinderungsgründe gegeben ist, (ii) die Behinderung die Leistungserbringung der Universität tatsächlich verzögert oder unterbricht und wenn (iii) die Behinderung nicht von der Universität zu vertreten ist. Ein Behinderungsgrund liegt vor * bei Verzug des Auftraggebers (oder aus seiner Sphäre stammender Dritter) mit Mitwirkungshandlungen bzw. -leistungen, zu denen (i) der Auftraggeber (oder der aus seiner Sphäre stammende Dritte) verpflichtet ist, und die (ii) Voraussetzung für die weitere Leistungserbringung der Universität sind.   Ist es der Universität aufgrund einer Behinderung [objektiv] unmöglich, ihren vertraglichen Verpflichtungen zum Teil oder zur Gänze nachzukommen, ist die Universität, solange die Behinderung andauert, von der Erfüllung jener Verpflichtungen, die durch die Behinderung unmittelbar betroffen sind, in diesem Umfang befreit.   * 1. In jedem Fall hat die Universität alles Zumutbare zu unternehmen, um eine vollständige Wiederaufnahme der Leistungserbringung zu ermöglichen; die Universität hat dem Auftraggeber binnen angemessener Frist eine erste Analyse über die Behinderung und die voraussichtlich notwendigen Maßnahmen vorzulegen und sich mit dem Auftraggeber abzustimmen. Bei Vorliegen von Gefahr im Verzug, wenn eine Entscheidung des Auftraggebers nicht kurzfristig eingeholt werden kann, hat die Universität unverzüglich entsprechende Notfall-Maßnahmen zu setzen, die zur Abwendung der Behinderung sowie zur Schadensminderung erforderlich sind.   2. Musste die Universität aufgrund der Behinderung Mehrleistungen erbringen bzw. musste sie frustrierte Vorhaltekosten aufwenden, so steht der Universität eine über das vereinbarte Entgelt hinausgehende Vergütung zu, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: * die Universität ist ihren Mitteilungspflichten nachgekommen; und * die Universität hat einen entsprechenden Leistungsnachweis über die Mehrleistungen bzw Nachweis über die Vorhaltekosten erbracht. |  |  |
| 1. **VERTRAGSDAUER UND VERTRAGSBEENDIGUNG**    1. Dieser Vertrag tritt mit Unterschrift beider Parteien in Kraft und wird bis zur vollständigen Erbringung des Leistungssoll gemäß Anlage ./2.1 geschlossen.    2. Unabhängig davon, dass es sich beim Leistungssoll um ein Zielschuldverhältnis handelt, kann der Vertrag - allerdings nur in seiner Gesamtheit - unter Einhaltung von einem Monat zum Jahresquartal mit zugehendem, eingeschriebenen Brief (ordentlich) gekündigt werden.    3. Das Recht der fristlosen Auflösung aus wichtigem Grund mit zugehendem, eingeschriebenen Brief bleibt den Parteien unbenommen.    4. Mit dem Zugang der berechtigten Erklärung der Vertragsauflösung [bzw. mit Zeitablauf gemäß Punkt 9.1] bzw. durch ordentliche Kündigung nach Punkt 9.2 löst sich das Vertragsverhältnis. Bei unberechtigter Erklärung der Vertragsauflösung steht der anderen Vertragspartei neben Schadenersatz jedenfalls auch das Recht auf Vertragszuhaltung zu.    5. Eine Vertragsbeendigung – aus welchem Grund auch immer – hat jedenfalls keine Auswirkungen auf folgende Regelungen bzw. wechselseitige Rechte und Pflichten:  * das gegenständliche Vertragskapitel; * Bestimmungen zu Gewährleistung, Schadenersatz / Haftung; * allgemeine nachvertragliche Treue-, Aufklärungs- und Schutzpflichten; * Geheimhaltungs- und Nichtverwendungspflicht; * Bestimmungen zu Schutzrechten; * Datenschutz; und * Streitbeilegung.   1. Eine Vertragsbeendigung – egal aus welchem Grund – ist jedenfalls keine „Vereitelung der Ausführung“ im Sinne des § 1168 ABGB.   2. Außer die Auflösung ist vom Auftraggeber zu vertreten, steht bei Vertragsbeendigung aus welchem Grund auch immer das bis zu diesem Zeitpunkt erbrachte und vergütete Leistungssoll mitsamt den vertraglich eingeräumten Rechten dem Auftraggeber zu. Weiters hat die Universität bei Beendigung den Auftraggeber und/ oder einen von diesem benannten Dritten, insbesondere zum Zweck der ordnungsgemäßen und reibungslosen Transition des Leistungssolls („Fall der Vertragsauflösung“) zu unterstützen:   die Universität wird – nach Beauftragung im Wege des Change-Verfahrens – die im Folgenden beschriebenen sowie ganz allgemein sämtliche in ihrem Einflussbereich liegende Maßnahmen setzen, die dazu erforderlich sind, dass der Auftraggeber oder ein von ihm benannter Dritter oder Dritte das Leistungssoll bzw. Teile davon selbständig (weiter)betreiben kann/ können. Dies umfasst sämtliche notwendigen und / oder zweckmäßigen Erklärungen und Handlungen der Universität. Die Universität hat unter der Bedingung der Vergütung gemäß Punkt 5 binnen längstens eines Monats nach entsprechender Aufforderung durch den Auftraggeber sämtliche vom Leistungssoll umfassten, etwaig noch nicht vorhandene Dokumentationen auf technischer, betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Ebene auf den aktuellen Stand nachzuziehen und geordnet dem Auftraggeber zu übergeben. Diese Dokumentationen müssen es entsprechenden Fachleuten (jedenfalls auch Fachleuten, die nicht für die Universität tätig sind) ermöglichen, das Leistungssoll und dessen jeweiligen Status gänzlich nachzuvollziehen und zu übernehmen. Dieser Zweck muss erfüllt sein, ohne dass es des Zugangs zu weiteren Informationen, insbesondere zu Informationen, die nur der Universität zugänglich sind, erfordert.   * 1. Die Regelungen des Vertrags gelten hinsichtlich der Anforderungen an die Erbringung der Leistungen für den Fall der Vertragsauflösung – soweit notwendig – analog weiter. |  |  |
| 1. **STREITBEILEGUNG**    1. Unter Eskalation wird hier wertneutral die stufenweise Delegation eines Bereiches in eine höhere Instanz verstanden (in der Folge „Eskalationsstufe“). Die Parteien verstehen die Eskalation primär zur Klärung unklarer Situationen bzw. Streitbeilegung. Soweit dies in der unteren Stufe der Eskalation nicht erfolgen kann, ist nach den in der Folge festgelegten Regeln in die nächste Stufe zu eskalieren, usw. Im Zuge der Gespräche eingenommene Positionen und erteilte Informationen beeinträchtigen (i) keinesfalls die Rechtsposition einer Partei (unpräjudizielle Wirkung) und sind (ii) keinesfalls so auszulegen, dass dadurch eine Partei zu irgendeinem Zeitpunkt oder auf irgendeine Weise daran gehindert wird, ein Gerichtsverfahren zu führen oder anderweitig zustehende Rechte oder Rechtsbehelfe auszuüben.    2. Die Streitbeilegung erfolgt auf Basis eines zweistufigen Streitbeilegungsmodells, wobei die Rollen bzw Arbeitskreise der ersten und zweiten Stufe in Anlage ./10.2 festgelegt sind, wobei die zweite Stufe tunlichst mit der Universitätsleitung bzw. Geschäftsführung besetzt ist.    3. Eskalationsstufe 1: Die Parteien haben zunächst zu versuchen, sämtliche Streitigkeiten auf der operativen Stufe beizulegen. Der entsprechende Tagesordnungspunkt ist explizit als Eskalationspunkt zu benennen. Es sind die Streitigkeiten gemeinsam mündlich zu erörtern und maßgebliche Informationen zu sammeln und zu analysieren. Soweit die Streitigkeit binnen zweier Sitzungen, in welchen die Streitigkeit behandelt wurde, maximal jedoch innerhalb von fünfundzwanzig (25) Arbeitstagen, nicht beigelegt werden kann, ist jede Partei berechtigt, die Streitigkeit durch schriftliche Mitteilung („Eskalationsmitteilung“) an die Eskalationsstufe 2 weiterzuleiten.    4. Eskalationsstufe 2: Der Arbeitskreis der Stufe 2 hat innerhalb von einem Monat nach Eingang der Eskalationsmitteilung ein oder mehrere konkrete Gespräche anzusetzen, um die Streitigkeit zu beurteilen, zu erörtern sowie zu versuchen, diese einvernehmlich beizulegen.    5. Sachverständigen-Audit (SV-Audit): Jede Partei hat ab Behandlung einer Eskalationsmitteilung in Stufe 2 das Recht, ein Sachverständigen-Audit (in der Folge „SV-Audit“) zu verlangen und einzuleiten, wenn zwischen den Parteien Uneinigkeit über eine konkrete bestehende technische oder kommerzielle Frage herrscht. Voraussetzung ist diesfalls, dass die Partei, die das SV-Audit einleiten möchte, die andere Partei zuvor schriftlich unter Angabe einer Begründung unter Setzung einer angemessenen Frist zur Beilegung der Streitigkeit bzw. (wenn die Streitigkeit über eine von der anderen Partei zu erbringende Leistung besteht) zur vertragskonformen Leistungserbringung aufgefordert hat. Nach Ablauf dieser Frist hat die Partei, die zur Beilegung der Streitigkeit bzw. zur vertragskonformen Leistungserbringung aufgefordert hat, das Recht, ein SV-Audit zu verlangen und einzuleiten. Ihr kommt auch das Recht zu, das eingeleitete SV-Audit zu unterbrechen oder abzusagen. Das SV-Audit hat die Funktion des (außergerichtlichen) Sachverständigenbeweises. Ein SV-Audit hat von einem unabhängigen Sachverständigen (in der Folge „Auditor“) aus einem Fachgebiet durchgeführt zu werden, das mit dem konkreten Anlass in möglichst enger Beziehung steht. Der Auditor ist zur umfassenden Verschwiegenheit zu verpflichten. Der Auditor soll möglichst im Einvernehmen im Arbeitskreis der zweiten Stufe bestellt werden. Gelingt dies nicht, so gilt:  * Der Auftraggeber hat das Recht, der Universität einen Dreiervorschlag zu erstatten, aus dem die Universität binnen fünf (5) Arbeitstagen einen Auditor auswählen kann. Versäumt die Universität dies, so bestimmt der Auftraggeber den Auditor. * Erstattet der Auftraggeber den Dreiervorschlag nicht binnen fünfzehn (15) Arbeitstagen ab Scheitern des Einvernehmens, so hat die Universität das Recht, dem Auftraggeber binnen fünfzehn (15) Arbeitstagen einen Dreiervorschlag gemäß obigem Prozess zu erstatten, aus dem der Auftraggeber binnen fünf (5) Arbeitstagen einen Auditor auswählen kann. Versäumt er dies, so bestimmt die Universität den Auditor. * Für die Ablehnung von Auditoren gilt § 586 ZPO iVm §§ 19, 20 JN entsprechend. Bei berechtigter Ablehnung auch nur eines nominierten Auditors eines Vorschlags ist ein neuer Dreiervorschlag zu erstatten.   Das SV-Audit besteht aus Erstellung von Befund, Gutachten und (soweit Befund und Gutachten dies erfordern) aus der Empfehlung entsprechender Maßnahmen (in der Folge einzeln oder gemeinsam „SV-Empfehlungen“). Der Auditor hat in seinen SV-Empfehlungen insbesondere konkrete Maßnahmen und angemessene Fristen zur Setzung dieser Maßnahmen zu nennen, durch die der Sollzustand (wieder) hergestellt werden soll. Der Auditor hat SV-Empfehlungen so rasch als möglich zu erstellen und den Parteien möglichst gleichzeitig zuzustellen.  Die Parteien haben bei den SV-Audits unterstützend mitzuarbeiten und den Auditor überhaupt bei der Erfüllung seiner Aufgabe bestmöglich zu unterstützen und ihn insbesondere mit allen Unterlagen, Erklärungen, Dokumentationen auszustatten und ihm Zugang zu entsprechender Infrastruktur und Mitarbeitern zu gewähren, die für das Audit erforderlich oder nützlich sind. Der Auditor kann auch weitere Experten für bestimmte Sachthemen beiziehen. Sowohl dem Auditor als auch den weiteren Experten sind weitestgehende Einsichts- und Zutrittsrechte zu gewähren.  Die Tragung der Kosten des SV-Audits (Kosten des Auditors und allenfalls von ihm zugezogener weiterer Experten) wird durch den Auditor nach Anhörung der Parteien nach dem „gerichtlichen Kostenersatz nach Obsiegensprinzip“ bestimmt; im Zweifel hat er festzulegen, dass die Kosten zu gleichen Teilen zu tragen sind. Wer das SV-Audit abbricht oder absagt, hat die bis dahin aufgelaufenen Kosten zur Gänze zu tragen. Im Übrigen trägt jede Partei ihre im Zusammenhang mit Audits anfallenden sonstigen Kosten selbst.  Begonnene oder abgeschlossene SV-Audits bilden kein Prozesshindernis (keine Streitanhängigkeit bzw. keine entschiedene Streitsache). Während eines anhängigen Gerichtsverfahrens finden keine SV-Audits zu der betreffenden Streitigkeit statt; begonnene diesbezügliche SV-Audits werden abgebrochen; der Kostenersatz richtet sich dann nach dem „Obsiegensprinzip“ im Gerichtsverfahren.   * 1. In der Zeit, in der eine Streitbeilegung gemäß zweiter Stufe bzw SV-Audit versucht wird, ist die Verjährung aller damit im Zusammenhang stehenden Ansprüche gehemmt.   2. Zur Entscheidung sämtlicher Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag (auch über die Frage des gültigen Zustandekommens und aufrechten Bestandes) ist ausschließlich das für [den Auftraggeber / die Universität] je nach Höhe des Streitwertes zuständige Gericht zuständig (ordentliche Gerichtsbarkeit).   3. [Die Parteien sind unbeschadet der Anhängigkeit oder Fortdauer einer Streitigkeit über das Leistungssoll und/oder das Entgelt oder formeller oder informeller Versuche der Parteien, eine solche Streitigkeit beizulegen, verpflichtet, die vertraglichen Verpflichtungen und Aufgaben weiterhin zu erfüllen.]   4. Es ist jedenfalls österreichisches Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen und unter Ausschluss des UN-Kaufrechts anzuwenden. | Zu 10: Siehe gesondertes Dokument zu einer langen Streitbeilegungsklausel |  |
| 1. **SONSTIGE VERTRAGSBESTIMMUNGEN**    1. Die Parteien verzichten auf die Anfechtung wegen Irrtums (insbesondere auch eines Kalkulationsirrtums), [nicht aber Verkürzung über die Hälfte (*laesio enormis*)] oder Wegfall der Geschäftsgrundlage und sonstigen etwaigen gegenwärtigen oder zukünftigen Anfechtungsmöglichkeiten und Wurzelmängeln, im gesetzlich größtmöglichen Umfang.    2. Dieser Vertrag und all seine Dokumente, insbesondere auch die Anlagen, auf die er verweist oder die zum integrierenden Bestandteil erklärt werden, enthalten alle zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen. [Allfällige Allgemeine Einkaufsbedingungen und ähnliche vorformulierte Vertragsbedingungen finden keine Anwendung. Dies gilt auch, wenn solche Bedingungen in der Folge auf (Change) Angeboten, auf Rechnungen oder wo sonst immer genannt sein sollten.] Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.    3. Die Nichtausübung von Rechten und Ansprüchen in einem bestimmten Fall hindert die Partei nicht, diese Rechte in anderen Fällen auszuüben; die – auch wiederholte – Nichtausübung ist jedenfalls nicht als Verzicht zu werten. |  |  |
| 1. **SCHLUSSBESTIMMUNGEN**    1. Jegliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der jeweils anderen Partei nicht auf Dritte übertragen werden.    2. Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich des Gegenstands des Vertrags. Nebenabreden bestehen nicht. Entwürfe, der Unterfertigung vorangehender Schriftverkehr etc. können für die Auslegung dieses Vertrags nicht herangezogen werden.    3. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags, einschließlich des Abgehens vom Schriftformangebot, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftlichkeit.    4. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam, nichtig, gesetzwidrig oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags nicht berührt. Anstelle der unwirksamen, nichtigen, gesetzwidrigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung(en) soll eine Regelung gelten, die im Rahmen des rechtlich Möglichen dem Willen der Parteien am Nächsten kommt und in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung am besten der(den) unwirksamen, nichtigen, gesetzwidrigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmung(en) entspricht.    5. Dieser Vertrag wird in 2 (zwei) Ausfertigungen unterfertigt, von denen jede als Original gilt und von denen jede Partei eine erhält. | zu 12.2. Mit Punkt Vollständigkeit soll sichergestellt werden, dass nicht frühere Vereinbarungen oder Letter of Intent nach wie vor Gültigkeit haben.  zu 12.3. Das Schriftformgebot in Verträgen ist Standard. Wichtig ist zu wissen, dass nach österreichischem Recht trotz Vereinbarung der Schriftlichkeit es anerkannt ist, dass Verträge dennoch einvernehmlich mündlich abgeändert werden können.  Es kann unter Punkt 12. oder als eigener Punkt auch als Option ein Abwerbeverbot für Dienstnehmer eingeführt werden, sollte ein Bedarf nach einem Abwerbeverbot bestehen. Dies kann besonders bestehen, wenn die Gefahr der Abwanderung einer ganzen Abteilung/ Instituts besteht. Es kann insbesondere bei universitärem Personal ein Konflikt darin bestehen, dass gerade diese wegen ihres Know-how oft von Unternehmen oder anderen Forschungsinstitutionen abgeworben werden. Dieses Abwerbeverbot kann einseitig oder zweiseitig gestaltet sein. Auf der anderen Seite könnte von der Universität die Mobilität als wünschenswert angesehen wird. |  |
| 1. KONTAKT   Ansprechpartner beim Auftraggeber:  Name:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Adresse:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Mail:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Telefon:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Ansprechpartner bei der Universität:  Name:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Adresse:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Mail:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Telefon:\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  Jede Änderung der Ansprechpartner ist der anderen Partei umgehend mitzuteilen. Im Falle der Unterlassung der Mitteilung gelten alle Erklärungen jedenfalls als ordnungsgemäß zugestellt. |  |  |
| 1. UNTERSCHRIFTEN   Die unterzeichnenden garantieren, dass die Partei, für welche sie zeichnen, ohne Weiteres durch Ihre Unterschrift gebunden ist.  Für den Auftraggeber  Datum: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_   \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  [Name und Titel/Position] [Unterschrift]    Für die Universität  Datum: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_    \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  [Name und Titel/Position] [Unterschrift] |  |  |
| 1. ANLAGEN   Sämtliche Anlagen bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrags:  Anlage ./2.1.: [Arbeits-, Zahlungs- und Zeitplan] [Anbot vom \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_(Datum)]  Anlage ./7.1.: Liste Background  Anlage ./7.4.4.: Zustimmung und Verzichtserklärung der Projektmitarbeiter |  |  |

**Mögliche Teile der Anlage ./2.1 iZm dem agilen Vorgehensmodell:**

Die Summe aller fachlichen und technischen Anforderungen an das Leistungssoll bilden den so genannten **Backlog**, der abgearbeitet und in eine konkrete Lösung übergeführt werden wird. Diese Anforderungen werden Stück für Stück **in zwei bis vier Wochen langen** [**Intervallen**](https://de.wikipedia.org/wiki/Zeitintervall)**, sogenannten** [**Sprints**](https://de.wikipedia.org/wiki/Scrum#Sprint)**, umgesetzt.** Am Ende eines Sprints steht die Lieferung einer Teilleistung (beim letzten Sprint der letzte Teil der Gesamtleistung). Die Teilleistung wird in einem Zustand geliefert, dass es dem Auftraggeber präsentiert und benutzt werden kann. Im Anschluss an den Zyklus werden Anforderungen und Vorgehen überprüft und für den nächsten Sprint weiterentwickelt.

Der Inhalt der Backlogs wird vom Product Owner allgemein in sogenannte **Work-Items** gegliedert (stark vereinfacht könnte man von einer detaillierten „To do“ Liste sprechen), die unterschiedliche Ausprägungen annehmen können. Work-Items können in punkto Umfang, Detaillierungsgrad und Beschreibungsstandards in **Epics,** **User-Stories** **und Tasks** unterschieden werden:

|  |  |
| --- | --- |
| Work-Item-Art | Beschreibung |
| User-Story | [User-Stories](https://de.wikipedia.org/wiki/User-Story) sind eine Technik zur Beschreibung von Anforderungen aus der Perspektive einer BenutzerIn unter Verwendung von Alltagssprache. User-Stories werden zur Formulierung der [Product-Backlog](https://de.wikipedia.org/wiki/Scrum#Product_Backlog)-Liste verwendet. Eine User-Story beschreibt, welche Produkteigenschaft die BenutzerIn will und warum |
| Epic | Großes Arbeitspaket, das zur Umsetzung in User-Stories aufgebrochen wird |
| Task | Kleine Arbeitspakete ohne direkte funktionale Auswirkung, z.B. Konzeptarbeiten, Roll-Out-Tätigkeiten u.ä. |

Der Backlog kann während der Laufzeit um neu auftretende und als **Change** im Sinne einer Programmänderung abzuwickelnde Anforderungen erweitert werden. Ebenso kann durch Übereinkunft mit der Organisationsgruppe der Backlog hinsichtlich nicht-prioritärer und dadurch nicht umzusetzender Work-Items bereinigt werden.

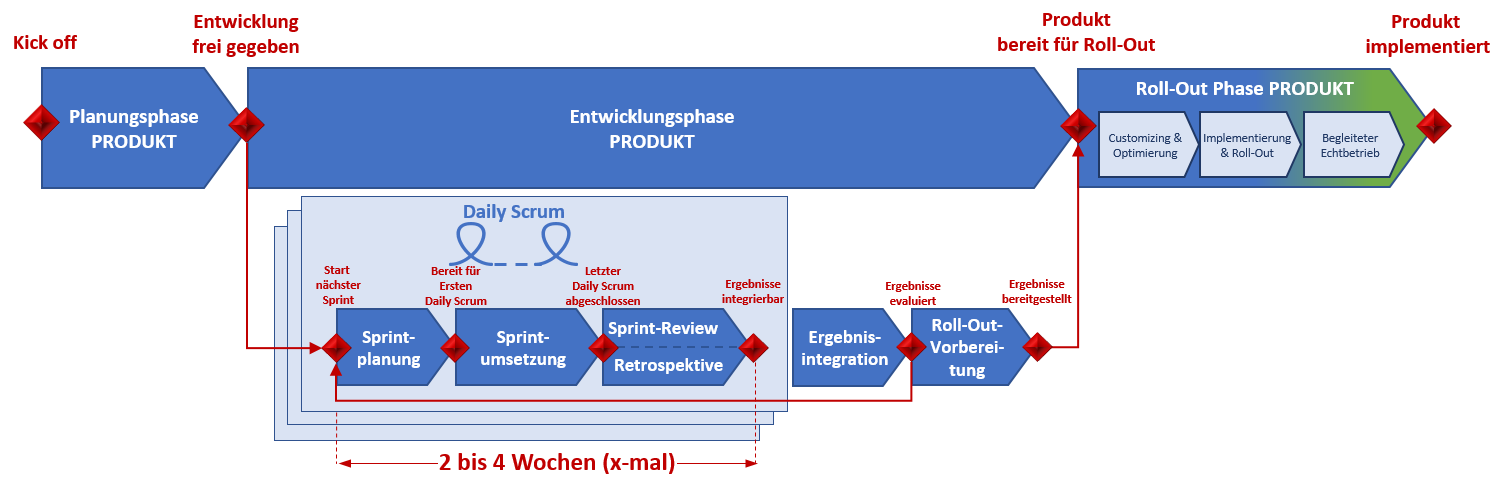
Die durchzuführenden Arbeiten werden vom Product Owner in sogenannte *Work-Items* untergliedert. Work-Items, welche im Zuge der Priorisierung zur tatsächlichen Umsetzung **für eine definierte Leistung** vorgesehen werden, müssen die gleich genannten Kriterien erfüllen um von einer Phase zur nächsten fortschreiten zu können:

Um ein Work-Item aus dem Backlog zur Umsetzung freizugeben und in einen Sprint zur Implementierung einzuplanen, muss es die "**Definition of Ready**" erfüllen. Damit verlässt es die Planungsphase und geht in die Implementierungsphase über.

Um ein Work-Item als abgeschlossen, aus Perspektive des Implementierungsteams, betrachten zu können, muss es die "**Definition of Done**" erfüllen.

Ein Work-Item, das die „**Definition of Complete**“ erfüllt, ist aus Perspektive des Auftraggebers abgeschlossen und verlässt die Roll-Out-Phase und wird in den Betrieb übergeben.

Nachstehend wird der komplette Entwicklungszyklus grafisch und sprachlich vorgestellt:

****

1. **Planungsphase**

In der Planungsphasewird das Backlog von den verantwortlichen Product Ownern zusammengestellt und zwischen Organisations- und Technikgruppe im Rahmen eines Kick-off Meetings abgestimmt und zur Begutachtung bereitgestellt. Ferner wird die Sprint-Planung vorgenommen.

**(b) Entwicklungsphase**

In der **Entwicklungsphase** erfolgt die eigentliche Entwicklungsarbeit in Form von Sprints. Die diesbezüglichen Arbeiten werden von Mitgliedern eines Produktteams durchgeführt. Jeder dieser Sprints unterteilt sich wiederum in eine Sprintplanung, eine Sprintumsetzung und ein Sprint-Review mit einer nachgelagerten Retrospektive. In der **Sprintplanung** wird vom Product Owner - gemäß Sprint-Abfolge - der Sprint-Backlog abgeleitet; dabei handelt es sich um jene Anforderungen aus dem Backlog, die in dem anstehenden Sprint umgesetzt werden sollen. Zusätzlich werden vom Product Manager Test- und Prüfungsanforderungen definiert, die helfen, die Arbeitsergebnisse laufend zu überprüfen. Darüber hinaus werden vom Product Owner erforderliche Vorbereitungsarbeiten durchgeführt, mögliche Risiken identifiziert und entsprechende Abhilfen vorbereitet. Wesentlicher Aspekt in der Sprintplanung ist die Verfeinerung der Anforderungen; dabei werden bei Bedarf Ergänzungen, Reduktionen oder Neupriorisierungen von Anforderungen vorgenommen. In der anschließenden **Sprintumsetzung** erfolgt die eigentliche Materialisierung (Codierung **und** Test) der Anforderungen. Die Qualität der Ergebnisse hängt dabei ganz wesentlich von der Rückkoppelung der Erfahrungen aus dem laufenden Entwicklungsprozess ab. Daher wird in der Technikgruppe (Product Owner, Developer Team, evtl. Solution Architect, UX-Designer) regelmäßig ein kurzes Abstimmungsmeeting, das **Daily Scrum Meeting**, abgehalten; in diesem wird das Tagesprogramm, wesentliche Erfahrungen und potentielle Schwierigkeiten besprochen und entsprechende Abstimmungen vorgenommen.

Nach der Entwicklung werden unter der Leitung der Product Owner die Sprintergebnisse einem **Sprint-Review** unterzogen. Dabei werden die Entwicklungsergebnisse kurz vorgestellt, die Abdeckung der Anforderungen besprochen, ggf. kurze Demonstrationen und eigene in diesem Zusammenhang vorbereitete Tests durchgeführt und Anpassungen im Backlog vorgenommen. Sollten Abweichungen gegenüber den Vorgaben festgestellt werden, so werden unmittelbar Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet und umgesetzt, andernfalls sind die Maßnahmen in die folgenden Sprints, ggf. unter Verschiebung von bereits dort geplanten Arbeitsinhalten, einzubauen. Gleiches gilt auch für nicht positiv bewertete Tests, deren Besprechung nicht Teil des Sprint-Reviews ist. Durch die bereits laufenden Prüfungen und Abstimmungen während der Entwicklung sollten solche Notwendigkeiten aber auf ein Minimum beschränkt sein. Alle in einem Sprint erarbeiteten und durch Tests bzw. in Sprint-Reviews positiv bewerteten Arbeitsergebnisses erlangen einen Status „**work done**“. Dieser Status ist ganz wesentlich aus Sicht des Programmcontrollings und bedeutet, dass

* alle mit den Anforderungen einhergehenden Arbeiten – man spricht in diesem Fall von einem Ticket – positiv abgeschlossen sind,
* diese Anforderungen daher auch zu 100% erledigt und somit aus der Liste der offenen Backlogs genommen werden können,
* die Arbeitsergebnisse für die weitere Verwendung zur Verfügung gestellt werden können.

Nachgelagert wird der Sprint in der **Sprint-Retrospektive** (Lessons Learned) aus Sicht des Entwicklungsteams zusammen mit dem Solution Architect und dem UX-Expert besprochen. Ziel ist es, Erlerntes aus vergangenen Sprints sicherzustellen und in die Planung der weiteren Sprints zu integrieren. Ferner sollen vom Product Owner zusammen mit dem Solution Architect frühzeitig Änderungen und Verbesserungen in der Architektur und im UX-Konzept erkannt und eingearbeitet werden. Die Ergebnisse werden vom Product Owner in die Programmplanung rückgeführt und die Terminplanung und die Budgetierung überprüft.

Nach Abschluss von parallellaufenden Sprints eines Sprintzyklus werden vom Product Owner gemäß Integrationsplan (ist Teil der entsprechenden Sprintplanungen) die Ergebnisse der Einzel-Sprints in der **Ergebnisintegration** zusammengeführt. Das so gewonnene Integrationsergebnis wird hierauf vom Product Owner in Abstimmung mit dem Solution Architect ebenfalls überprüft und nach Möglichkeit bereits zu diesem Zeitpunkt zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt oder mit Ergebnissen aus weiteren Sprintzyklen zusammengeführt. Es gelten auch hier die Regelungen zur Erreichung des „work done“ - Status.

Die Sprintphase endet mit der **Rollout-Vorbereitung durch den Product Manager in Abstimmung mit dem Delivery Manager**. Darin werden vom Product Manager einerseits alle bis dato noch nicht reviewten Arbeitsergebnisse zusammengefasst und einem Ergebnis-Review unterzogen. Sollten dabei Abweichungen auftreten, sind entsprechende Verbesserungsmaßnahmen zu initiieren. Mit positivem Review-Resultat werden die Ergebnisse gemäß Planung, wie oben bereits beschrieben, zur weiteren Verwendung zu Verfügung gestellt. Zu diesem Zeitpunkt ist die Entwicklungsdokumentation fertig zu stellen. Ferner wird durch den Product Manager in der Rollout-Vorbereitung die danach folgende Rollout-Phase geplant und vorbereitet. Einen wesentlichen Teil dieser Vorbereitung nehmen bei Bedarf auch flächendeckende Schulungen ein, die gemäß dem organisatorischen Rollout-Vorgehen abgewickelt werden.

Der Delivery Manager erklärt zusammen mit dem Programm Manager die Sprintphase nach dem letzten Sprint und erfolgter Rollout-Vorbereitung formal für abgeschlossen und initiieren die Rollout-Phase.

**(c) Rollout-Phase**

In der **Rollout-Phase** findet die eigentliche organisatorische (und bei Bedarf noch technische) Implementierung statt. Hier können ggf. noch individuelle Anpassungen vorgenommen werden. Ferner werden die in dieser Phase geplanten Schulungen abgehalten und die diversen Benutzer eingeführt. Um gerade die üblicherweise auftretenden Anfangsprobleme (u.a. „Kinderkrankheiten“, Fehlbedienungen, Nichtbedienung) abzufangen, unterstützt ein speziell verstärktes Helpdesk diesen Einführungsprozess im Rahmen des **begleiteten Echtbetriebes**. Der begleitete Echtbetrieb erstreckt sich dabei maximal über eine Dauer von sechs Wochen. Hinsichtlich der Schulungen wird ein „*Train the Trainer*“-Ansatz verfolgt. Als weitere Unterstützung in der Schulung der User wird die Benutzung der Basisfunktionen der einzelnen Frontends, durch ein Set von digitalisierten Unterlagen abgedeckt. Als Beispiel könnten hier Video-Tutorials stehen, welche über eine (Schulungs-)Plattform abgerufen werden können.

1. Siehe dazu: <https://de.wikipedia.org/wiki/Agile_Softwareentwicklung>. [↑](#footnote-ref-1)
2. OGH 25.10.1988, 4Ob94/88, wbl 1989,56 = ÖBl 1989,138 = GRURInt 1989,850. [↑](#footnote-ref-2)
3. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2007 wurde der Kreis der von der Rechtsgeschäftsgebühr nach § 33 TP 5 Gebührengesetz 1957 ausgenommenen Immaterialgüterrechtsverträge einerseits klargestellt und anderseits erweitert: Damit wurde das VwGH-Erkenntnis (VwGH 7. 9. 2006, 2006/16/0054) betreffend die Gebührenpflicht bei Software-Lizenzverträgen, bei denen kein Werknutzungsvertrag iSd § 33 TP 5 Abs 4 Z 2 GebG vorliegt, „revidiert“ und sind neben Patent-, Marken- und Musterlizenzverträgen seither nicht nur Werknutzungsverträge, sondern überhaupt alle urheberrechtlichen und leistungsschutzrechtlichen Nutzungsverträge von der Gebührenpflicht ausgenommen. [↑](#footnote-ref-3)
4. Zum reduzierten Originalitätsmaßstab vgl *Walter*, Österreichisches Urheberrecht: Handbuch I, Rz 234, 238 f. [↑](#footnote-ref-4)
5. Kritisch dazu *Walter*, Österreichisches Urheberrecht: Handbuch I, Rz 239, weil eben nach der Software-RL nur ein reduzierter Originalitätsmaßstab anzulegen ist. [↑](#footnote-ref-5)
6. OGH RIS-Justiz RS0119862. [↑](#footnote-ref-6)
7. OGH 16.01.2007, 4Ob198/06f. [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl *Walter*, Österreichisches Urheberrecht: Handbuch I, Rz 240. [↑](#footnote-ref-8)
9. Vgl zur Gebrauchsgrafik bei Computerspielen: OGH 06.07.2004, 4Ob133/04v, SZ 2004/103. [↑](#footnote-ref-9)
10. Vgl zu Computerspielen: OGH 06.07.2004, 4Ob133/04v, SZ 2004/103. [↑](#footnote-ref-10)
11. Davon sind allein durch den Computer generierte „Ergebnisse“, die keine Werke sein können, abzugrenzen; diese liegen vor, soweit bei deren Erschaffung der Computer nicht nur als Hilfsmittel eingesetzt wird, also der Mensch die Maschine nicht lenkt und dirigiert und somit nicht mehr gestalterisch tätig wird (Umkehrschluss aus OGH 01.02.2000, 4Ob15/00k). [↑](#footnote-ref-11)
12. Etwa das urhebergesetzliche Privileg des „Text- und Data-Mining“ (§ 42h UrhG), insb „(6) Jedermann darf für den eigenen Gebrauch ein Werk vervielfältigen, um damit Texte und Daten in digitaler Form automatisiert auszuwerten und Informationen unter anderem über Muster, Trends und Korrelationen zu gewinnen, wenn er zu dem Werk rechtmäßig Zugang hat. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vervielfältigung ausdrücklich verboten und dieses Verbot in angemessener Weise durch einen Nutzungsvorbehalt, und zwar etwa bei über das Internet öffentlich zugänglich gemachten Werken mit maschinenlesbaren Mitteln, kenntlich gemacht wird. Eine Vervielfältigung nach diesem Absatz darf aufbewahrt werden, solange dies für die Zwecke der Datenauswertung und Informationsgewinnung notwendig ist.“ [↑](#footnote-ref-12)
13. Siehe insbesondere die EU-VO des „Artificial Intelligence Act - AI-Act“. [↑](#footnote-ref-13)
14. OGH 12.08.1996, 4Ob2161/96i. [↑](#footnote-ref-14)
15. OGH RIS-Justiz RS0133442. [↑](#footnote-ref-15)
16. Vgl den UsedSoft-Fall zur „Online-Erschöpfung“: EuGH 3.7.2012, C-128/11. [↑](#footnote-ref-16)
17. <https://de.wikipedia.org/wiki/Copyleft>. [↑](#footnote-ref-17)
18. <https://commission.europa.eu/publications/standard-contractual-clauses-controllers-and-processors-eueea_de>. [↑](#footnote-ref-18)
19. § 37b UrhG normiert: „Entspricht die Vergütung zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses einer Vergütungsregel in einem Kollektivvertrag, so gilt sie für diese Berufsgruppe als angemessen. Dies gilt auch für die Vergütung aufgrund einer Vergütungsregel, auf die sich repräsentative Vereinigungen von Urhebern und Werknutzern geeinigt haben. Regeln in Kollektivverträgen gehen anderen Regeln, insbesondere solchen, auf die sich repräsentative Vereinigungen von Urhebern und Werknutzern geeinigt haben, vor. Eine Vereinigung ist repräsentativ, wenn ihr Wirkungsbereich das gesamte Bundesgebiet umfasst und die Mitgliederzahl der Vereinigung die weitaus überwiegende Mehrheit der Mitglieder der betroffenen Berufsgruppe umfasst. Vereinbarungen über Vergütungsregeln dürfen erst dann getroffen werden, wenn die Repräsentativität einer Vereinigung durch die Aufsichtsbehörde für Verwertungsgesellschaften (§ 83 VerwGesG 2016) rechtskräftig festgestellt wurde. […]“. [↑](#footnote-ref-19)
20. Nach dem UrhG hat der Urheber keinen solchen Anspruch, soweit die Vergütung nach einer Vergütungsregel nach § 37b Abs. 4 oder einem Kollektivvertrag bestimmt worden ist und diese ausdrücklich eine weitere angemessene Vergütung für diesen Fall vorsieht. [↑](#footnote-ref-20)